

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Es tut sich etwas in der direkten Demokratie Schweiz

Immer mehr Stimmen fordern Neustart mit Brüssel

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

In jüngster Zeit melden sich neue Vereine und Komitees zu Wort, die sich für eine freie, gerechte und solidarische Schweiz oder für eine weltoffene, wirtschaftlich erfolgreiche und freie Schweiz einsetzen (das Adjektiv «frei» fehlt bei uns Schweizern selten). Gleich zwei Referendumskomitees haben dieser Tage ihre Unterschriftenbögen im Bundeshaus eingereicht, gegen das Covid-19-Gesetz und gegen das Anti-Terror-Gesetz, die am 13. Juni zur Abstimmung kommen. Bis dahin wird noch genügend Zeit sein, um uns eine Meinung dazu zu bilden. Festzuhalten ist hier, dass trotz der zurzeit notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens die direktdemokratischen Aktivitäten weitergehen.

Heute können wir uns der erfreulichen Tatsache zuwenden, dass sich bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres die Stimmen unter Unternehmern und Politikern verschiedenster Couleur mehren, welche die Verhandlungen über den Rahmenvertrag mit Brüssel abbrechen und die Beziehungen der souveränen Schweiz zur EU auf Augenhöhe neu ausrichten wollen. Es ist erfrischend, wie auch aktive Politiker aus ihrem Parteien-Kästchen ausscherehen und ihre eigene Meinung sagen. So soll es sein!

Wachsender Widerstand gegen das Rahmenabkommen von Schweizer Unternehmern ...

Die erfolgreiche Verteidigung der britischen Interessen gegenüber Brüssel¹ hat in der Schweiz enorme Bewegungen in Gang gesetzt. Während der Bundesrat sich einmauert und auf die «Klärung» der sattsam bekannten «drei Punkte» (Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen) durch die Herrschaften in Brüssel wartet, tun sich viele Schweizer Unternehmer zusammen und strafen diejenigen Lügen, die seit Jahren behaupten, ohne Rahmenabkommen würde der bilaterale Weg ausgelaut und der Schweizer Wirtschaftsplatz breche zusammen.

Da ist die im November an die Öffentlichkeit getretene Unternehmervereinigung *autonomiesuisse* (eine Gegenbewegung zu *economiesuisse*, deren Alleinvertretungsanspruch «der Schweizer Wirtschaft» immer stärker bröckelt). *Autonomiesuisse* zählt bisher rund 350 Mitglieder, darunter viele bekannte Unternehmerpersönlichkeiten, im Vorstand sitzen auch etliche FDP-Mitglieder. In ihrem Argumentarium hält die Organisation unmissverständlich fest: «Die Diskussion ums Rahmenabkommen dreht sich um Nebenschauplätze, während die Hauptsache vergessen geht: Es würde das Ende der Schweizer Souveränität und den Verlust der attraktiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bedeuten. Wir räumen mit Mythen auf und zeigen sieben fatale Folgen für den Standort Schweiz.»² [Hervorhebung mw] Die Lektüre dieser sieben Folgen, dargelegt auf je einem Faktenblatt, empfiehlt sich für jeden, der den Zusammenhang zwischen dem erfolgreichen Schweizer Wirtschaftsplatz und dem eigenständigen, direktdemokratischen Schweizer Modell genauer erfassen will.

In ihrer Medienmitteilung vom 15. Januar fasst *autonomiesuisse* ihren Standpunkt knapp und klar zusammen: «Das vorliegende Rahmenabkommen bedeutete einen unwiderrufbaren Machttransfer an Brüssel und die Unterstellung unter den EU-Gerichtshof (EuGH). Das würde das Erfolgsmodell Schweiz mit seinen kompetitiven Rahmenbedingungen gefährden.» Die Unternehmer fordern die Politiker auf, «die Beziehung zur EU

«Der «Gesamtpreis», den wir für die Aktualisierung bestehender Markt Zugangsabkommen sowie für neue Abkommen insgesamt zu bezahlen hätten, ist aus Sicht eines souveränen Staates, in dem die Stimmbürger gewohnt sind, das letzte Wort zu haben, eindeutig zu hoch. Vor diesem Hintergrund sollte der Bundesrat zu unserem wichtigsten aussenpolitischen Partner ehrlich sein und die Verhandlungen mit dieser klaren Begründung abbrechen.»

(Ständerat Thierry Burkart, FDP Aargau)

neu zu denken», zum Beispiel mit der Weiterentwicklung der bilateralen Verträge und des Freihandelsabkommens (FHA) von 1972 (das den EU-Marktzugang für Schweizer Unternehmen sichert).³

Nun meldet sich auch das Unternehmernetzwerk der *Partners Group* wieder zu Wort, das in *Zeit-Fragen* vom 20.10.2020 vorgestellt wurde.⁴ Unternehmer *Alfred Gantner* und Geschäftsführer *Philip Erzinger* stellen im «Tagges-Anzeiger» den Verein *Allianz Kompass/Europa* vor, der ebenfalls den Rahmenvertrag bekämpft und 250 Unterstützer «vom Gewerkschafter über Landwirte bis hin zu grösseren Unternehmen» umfasst. Er glaube nicht an die «Theorie der erodierenden bilateralen Verträge ohne Rahmenabkommen», sagt Gantner, «denn die EU hat ebenso grosses Interesse an geregelten Beziehungen wie die Schweiz».⁵

Allianz Kompass/Europa strebt «eine Art Brexit-plus-Vertrag» an, so Philip Erzinger: «Mit einem grossen Plus, denn wir haben bereits ein Freihandelsabkommen und funktionierende bilaterale Verträge.» Um unsere Volksrechte zu schützen, so Gantner, sei er auch bereit, den zu erwartenden marginalen Wachstumsverlust in Kauf zu nehmen, denn mit dem Rahmenvertrag «sind wir derart in der Hand der EU, da wäre es konsequenter, gleich Mitglied der EU zu werden».

Übrigens gibt es auch Spitzenvertreter von Mega-Konzernen, die so denken und es auch sagen, jedenfalls nach ihrer Pensionierung. *Oswald Grübel*, ehemaliger Konzernchef der CS und der UBS, antwortete kürzlich auf die Frage, welche Schlüsse er aus der Einigung von Grossbritannien und der EU für die Schweiz ziehe: «Für mich zeigt der Freihandelsvertrag, dass die Schweiz keinen Rahmenvertrag mit der EU braucht. Sie sollte sich nicht ohne Not dem Diktat des Europäischen Gerichtshofes unterwerfen.»⁶

... und in der Politik: FDP-Ständerat Thierry Burkart zeigt Profil

Der aufsehenerregende Zeitungskommentar des früheren FDP-Bundesrates *Johann Niklaus Schneider-Ammann* im September 2020 mit dem Titel «Rahmenabkommen: Drei Klarstellungen reichen nicht aus. Die Souveränitätsfrage muss angesprochen werden»⁷ hat bei vielen souveränitäts- und freiheitsliebenden Schweizern – gerade auch in seiner eigen-

nen Partei – eine Blockade gelöst. Die erfolgreichen Verhandlungen Grossbritanniens mit Brüssel haben das ihrige dazu beigetragen.

Besonders bemerkenswert ist die Stellungnahme des Aargauer Ständerats *Thierry Burkart*, eines FDP-Politikers der jüngeren Generation. Er forderte am 14. Januar den Abbruch der Verhandlungen mit der EU⁸ und brachte damit – zunächst in seiner Partei – einiges in Gang. Denn die *Freisinnig-demokratische Partei*. *Die Liberalen* hat sich bisher, wenigstens nach aussen, praktisch geschlossen hinter das Rahmenabkommen und hinter die Verhandlungsführung des Bundesrates gestellt. Ständerat *Thierry Burkart* hielt in seinem Kommentar zwei hauptsächliche Kritikpunkte fest:

– «Die dynamische Rechtsübernahme, gepaart mit der Rolle des *Europäischen Gerichtshofs* (EuGH) im Rahmen der Streitbeilegung zwischen der Schweiz und der EU, beschneidet unsere Souveränität erheblich.» Denn im Streitfall entscheide letztlich der EuGH. Er könnte politische Entscheide des Parlaments oder des Volkes beurteilen, falls auch nur am Rande EU-Recht berührt werde. Der Verlust an Souveränität bedeute für jede Bürgerin und jeden Bürger «letztlich weniger Mitbestimmung».

– Das Rahmenabkommen sei keine «Weiterentwicklung des bilateralen Wegs». Denn infolge der umfassenden Guillotine-Klausel gebe es für die Schweiz faktisch keinen Ausweg aus dem Rahmenabkommen mehr, «es sei denn, wir träten der EU bei». Ständerat *Thierry Burkart* kommt zum Schluss: Aus Sicht eines «souveränen Staates, in dem die Stimmbürger gewohnt sind, das letzte Wort zu haben», sei der Preis für die Aktualisierung der Markt Zugangsabkommen «eindeutig zu hoch». Der Rahmenvertrag sei deshalb «so nicht mehrheitsfähig».

Ein Neustart wäre kein Schaden

Burkart fordert den Bundesrat auf, die Verhandlungen abzubrechen: «Ein Verhandlungsabbruch würde der Glaubwürdigkeit des Bundesrates weniger schaden, als wenn unsere Verhandlungsdelegation weiterhin so täte, als ob dieses Abkommen gut und richtig und irgendwie bei Volk und Ständen durchzubringen wäre.»

Auch für die Zukunft des Landes wäre ein Neustart kein Schaden, so *Thierry Burkart*,

denn die grosse Weltoffenheit der Schweiz und ihrer Wirtschaft bleiben bestehen. Das Freihandelsabkommen von 1972 und die bilateralen Verträge mit der EU könnten wir auch ohne Rahmenvertrag weiterentwickeln. Burkart schliesst seine Stellungnahme mit den Worten: «Dabei braucht es wie zwischen Grossbritannien und der EU weder eine einseitige Rechtsübernahme noch den Gerichtshof der Gegenpartei als Streitschlichter. Es braucht nur den gegenseitigen Willen zu guten Beziehungen, von denen die Menschen hier wie dort profitieren.»

Weitere FDP-Politiker schliessen sich Thierry Burkarts Stellungnahme an

Bei der Mehrheit der FDP-Fraktion im Parlament – so bei Parteipräsidentin *Petra Gössi* und den Nationalräten *Kurt Fluri* und *Christa Markwalder* – kam die klare Positionierung des Aargauer Ständerates schlecht an. In den CH-Medien vom 16. Januar 2021 werden aber auch eine ganze Reihe von FDP-Parlamentariern genannt, die wie Burkart «der Rolle des Europäischen Gerichtshofs bei Streitschlichtungen ablehnend oder skeptisch gegenüber(stehen)», nämlich die Ständeräte *Martin Schmid* und *Thomas Hefti* sowie die Nationalräte *Maja Riniker*, *Marcel Dobler*, *Peter Schilliger* und *Christian Wasserfallen*. Auch Ständerat *Andrea Caroni*, Vizepräsident der FDP, zähle «nicht zu den flammenden Fürsprechern des Vertrages».⁹ Wie bereits angemerkt, haben sich zudem mehrere freisinnige Unternehmer dem Komitee *autonomiesuisse* angeschlossen.

Das «Ja der Vernunft», das die FDP-Parlamentarier im Februar 2019 zum Rahmenvertrag beschlossen haben, beruhte, so stellen heute einige fest, auf zu positiven Vorstellungen. (Den Vertragstext stellte die Bundeskanzlei erst Mitte Januar 2019 in deutscher Sprache ins Netz, und was da alles hineingepackt und im bürokratischen EU-Stil formuliert ist, konnte niemand in dieser kurzen Zeit erfassen.) Im aussenpolitischen Programm der FDP steht zwar nichts vom Rahmenvertrag, er ist aber im folgenden Satz quasi inbegriffen: «Die FDP setzte sich als einzige Partei immer ohne Wenn und Aber für den bilateralen Weg mit der EU ein, lehnt aber sowohl einen EU- oder EWR-Beitritt, als auch eine Abschottungspolitik ab.» (<https://www.fdp.ch/positionen/aussenpolitik>). In Wirklichkeit sind auch die meisten anderen Parteien im Prinzip für den bilateralen Weg mit der EU, aber viele Politiker, Unternehmer und Bürger wollen halt nicht «ohne Wenn und Aber» alles übernehmen, was Brüssel für die Schweiz vorgesehen hat. Auch legt FDP-Ständerat Burkart einleuchtend dar, dass ein Verzicht auf den von Brüssel formulierten Rahmenvertrag noch lange keine «Abschottung» bedeutet.

Was den EU-Beitritt betrifft, haben manche FDP-Politiker offenbar vergessen, dass sie sehr wohl vor nicht allzu langer Zeit dafür waren (und auch heute einen Vertrag mit der EU in Kauf nehmen, der die Schweiz möglicherweise in einigen Jahren zu einem Beitritt nötigen würde). So zum Beispiel Nationalrätin *Christa Markwalder*, die ihren Fraktionskollegen *Thierry Burkart* mit ausserordentlich harschen Worten zurechtweist: «Solche Hekenschützen-Aktionen sind innenpolitisch unnützlich und aussenpolitisch schädlich.» [Gemäss *Wortbedeutung.info* ist ein Heckenschütze «abwertend: jemand, der auf Menschen aus dem Hinterhalt schießt»]. Laut *Markwalder*

«Wir wollen einen autonomen Lohnschutz und den Service public erhalten. Das Abkommen gefährdet diese Anliegen. Daher haben wir immer gesagt, es hätte vor dem Volk kaum Chancen. Wir sagen, dass es klarer und ehrlicher wäre, einen kompletten Neubeginn der Verhandlungen anzustreben.»

(Pierre-Yves Maillard, SBG-Präsident und Nationalrat der SP)

Der Umgang Russlands mit der Covid-19-Pandemie

von Gerd Brenner

Ohne «harten Lockdown» und mit einem viel weniger teuren und luxuriösen Gesundheitssystem übersteht Russland die Covid-19-Pandemie offenbar nicht schlechter als viele westliche Länder. Obendrein brachte Russland praktisch gleichzeitig mit Europa und Nordamerika einen vergleichbaren Impfstoff zur Einsatzreife. Wenn die aktuell grassierende Pandemie unter Kontrolle ist, wird man sich in Westeuropa wohl einige unangenehme Fragen stellen müssen.

Das russische Gesundheitswesen hat grundsätzlich keinen guten Ruf, auch nicht in Russland selbst. Hervorgegangen aus dem Gesundheitswesen der Sowjetunion, dem sogenannten *Semaschko-System*, wurde das russische Gesundheitssystem in den neunziger Jahren stark privatisiert und kommerzialisiert – wie vieles andere auch in jenen Jahren. Dadurch entstand eine Zweiklassenmedizin, in welcher sich gut betuchte Patienten in den grossen Städten in Privatkliniken gegen Bares europäische Spitzenmedizin leisten konnten. Beliebte waren auch Heil- und Kuraufenthalte in Europa. Parallel zur Landflucht der ländlichen Bevölkerung Russlands in die Städte wurde auch die Infrastruktur zur medizinischen Versorgung auf dem Land ausgedünnt.

Nach dem Jahr 2006 begann der russische Staat sich vermehrt auf seine Verantwortung im Gesundheitsbereich zu besinnen und initiierte Reformen im Gesundheitswesen selbst sowie bei der obligatorischen Krankenversicherung. Diese Reformen ergaben widersprüchliche Ergebnisse: Verbesserte Qualität

der medizinischen Versorgung, erhöhte Qualifikation des Personals und erweitertes Leistungsspektrum in den Städten stehen auf der positiven Seite, erschwerte Arbeitsbedingungen und weitere Ausdünnung des Angebots in ländlichen Gegenden auf der negativen. Das seit Sowjetzeiten bestehende Problem der ausufernden Bürokratie konnte ebenfalls nicht beseitigt werden.

Die medizinische Behandlung in staatlichen Kliniken ist grundsätzlich kostenlos, aber niedrige Löhne haben die Praxis der Direktzahlungen an Ärzte nicht verschwinden lassen. Und auch die Zweiklassenmedizin bleibt in Form der Privatkliniken weiter bestehen.¹ Der Anteil der Ausgaben für die Gesundheit in Russland stieg in den letzten Jahrzehnten moderat an und liegt derzeit bei gut 5,3% des Bruttoinlandsprodukts, was weit weniger ist als in den meisten westeuropäischen Ländern.²

Es ist wohl eher eine Folge der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation grosser Teile der russischen Bevölkerung und von sich ändernden Lebensgewohnheiten als von Reformen im Gesundheitswesen, dass sich wesentliche demographische Indikatoren der russischen Gesellschaft in den letzten Jahren an jene in Europa annäherten. So fiel die Kindersterblichkeit von 11,9‰ im Jahre 2005 auf 5,3‰ im Jahr 2017 – Tendenz weiter fallend. Zum Vergleich: Im Jahr 2017 betrug die Kindersterblichkeit in der Schweiz 3,3‰, in der Slowakei 5,8‰.³ Nach einem Tiefpunkt in den neunziger Jahren erhöhte sich die Lebenserwartung russischer Frauen auf 77 Jahre, jene von Männern auf 72. Dieser signifikante Unterschied zwischen der Lebenserwartung von Mann und Frau ist typisch für Russland und unterscheidet es von westlichen Ländern.⁴ Hier sind noch die Auswirkungen des teilweise ungesunden Lebenswandels russischer Männer spürbar, zu dem auch der Alkoholmissbrauch gehört. In den letzten Jahren wandelten sich allerdings Lebenswandel und Trinkgewohnheiten besonders einer urbanen Mittelschicht in den Ballungszentren und näherten sich an jene der Westeuropäer an.

Lockdown und die Massnahmen danach

Nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie in China schloss Russland die Grenze zu seinem ostasiatischen Nachbarn rasch und wurde so eher später als Westeuropa von der Pandemie getroffen, hatte somit auch etwas mehr Vorbereitungszeit. Nach einem kurzen, harten Lockdown lockerte die russische Regierung die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus rasch wieder und führte auch angesichts der zweiten Welle keinen neuen Lockdown ein. Seit dem Frühsommer vergangenen Jahres sind Geschäfte, Kultureinrichtungen, Gastronomiebetriebe und öffentliche Transportmittel

geöffnet und mit geringen Einschränkungen benutzbar.

Dass innenpolitische Erwägungen hier eine gewisse Rolle spielten, ist zwar nicht explizit erwiesen, aber plausibel. Westliche Kommentatoren hingegen, die behaupten, der russische Staat könnte sich einen «harten Lockdown» wirtschaftlich gar nicht leisten, seien daran erinnert, dass die russischen Staatsfinanzen derzeit viel solider sind als jene vieler europäischer Länder, trotz grosser Abhängigkeit von den Einnahmen aus Öl und Gas. Die russische Staatsverschuldung ist erheblich tiefer als diejenige vieler europäischer Länder, und die russischen Goldreserven sind umfangreicher.⁵

Insgesamt sind die Zahlen im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie in Russland durchaus vergleichbar mit anderen Ländern Europas und Nordamerikas: Die Anzahl der mit dem Corona-Virus infizierten Menschen in Relation zur Bevölkerungszahl und die Anzahl Todesopfer bewegen sich in ähnlichen Bereichen wie in europäischen Ländern, die Anzahl durchgeführter Tests ist sogar vergleichsweise hoch.⁶ Natürlich bezweifeln westliche Beobachter immer wieder gerne die Richtigkeit der russischen Zahlen. Ihnen sei aber gesagt, dass auch die europäischen Zahlen nicht immer über alle Zweifel erhaben sind.

Behandlung infizierter Personen und der Impfstoff «Sputnik V»

Menschen in den Städten Russlands, die bei sich Covid-Symptome festzustellen glauben, sind gehalten, nicht die ordentlichen Krankenhäuser aufzusuchen, sondern sich bei spezialisierten Zentren zu melden, wo sie getestet und bei Bestätigung des Verdachts mit Medikamenten versorgt werden. Je nach Schwere der Erkrankung werden sie danach nach Hause in Quarantäne geschickt oder hospitalisiert. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass medizinisches Fachpersonal die Menschen zu Hause aufsucht und testet.

Als Präsident *Wladimir Putin* im vergangenen August verkündete, Russland habe als erstes Land der Welt einen Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt, löste er bei vielen Beobachtern im Westen ein ungläubiges Kopfschütteln, bei anderen ein herablassendes Lächeln aus. In der Tat erfolgte die Ankündigung Putins noch vor dem Beginn der Massentests mit Zehntausenden von Impfwilligen, aber inzwischen scheinen sich die ersten vielversprechenden Testresultate zu bestätigen: Der russische Impfstoff des *Gamaleja-Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie* in Moskau scheint in den Bereichen Wirksamkeit und Nebenwirkungen mit westlichen Impfstoffen vergleichbar zu sein.⁷ Das wird den unvoreingenommenen Beobachter nicht erstaunen angesichts der Tatsache, dass die Entwicklung des Impfstoffs

unter der Leitung von *Denis Logunov*, eines erfahrenen Wissenschaftlers, erfolgte, der zuvor schon an der Entwicklung von Impfstoffen gegen das *Middle East Respiratory Syndrome* (MERS) und das brandgefährliche *Ebola-Virus* beteiligt gewesen war.⁸ Die Wirkungsweise des russischen Impfstoffs gleicht im übrigen derjenigen einiger westlicher Präparate. In diesem Sinne ist auch nicht weiter erstaunlich, dass die russischen Forscher in sehr ähnlichen Zeiträumen zu einem Resultat kamen wie ihre westlichen Kollegen.⁹ Die russische Regierung ist sich ihrer Sache offenbar so sicher, dass sie der Lieferung des Impfstoffs ins westliche Ausland zustimmte. Die Resultate in Ungarn, Brasilien, Argentinien, Indien, Mexiko, Kasachstan und anderen Ländern werden zeigen, was der russische Impfstoff und damit die russische medizinische Forschung wert sind.

Dass die russische Regierung den Erfolg propagandistisch auskostete, mag manchen Beobachter, der von der Überlegenheit westlicher Medizin überzeugt ist, geärgert haben. Ganz besonders eifrige davon werden zweifellos schwergewichtig über die Nachteile des Impfstoffs berichten, der mit seinem Namen «Sputnik V» zu allem Elend auch noch an den grossen Erfolg sowjetischer Weltraumforschung in den fünfziger Jahren erinnert. Bemerkenswert ist, dass die Forscher bei der Entwicklung des Impfstoffs offenbar von Beginn weg grossen Wert auf einfache Lagerung und Transport legten, damit er in dem riesigen Land auch in entlegene Gebiete einfach geliefert werden kann und damit die Schere zwischen der medizinischen Versorgung in den urbanen Ballungszentren und abgelegenen ländlichen Gebieten sich nicht noch weiter öffnet.

Fazit

Wenn mancher neue «kalte Krieger» im Westen sich vom Ausbruch der Covid-19-Pandemie weltweit eine Schwächung Russlands und seiner Regierung erhofft haben mag, so wird er mittlerweile enttäuscht worden sein. Nachdem inzwischen wohl auch Gerüchte über eine Entwicklung des Corona-Virus in B-Waffenlaboren und eine absichtliche Verbreitung im Rahmen biologischer Kriegführung weitgehend vom Tisch sind, kann man die Frage insgesamt nüchtern betrachten. Allenfalls ist die Zeit reif für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland, denn die aktuell grassierende Covid-19-Pandemie wird wohl nicht die letzte ihrer Art bleiben. Peinlich ist aber, dass man sich angesichts der zweiten Erkrankungswelle die Frage stellen muss, weshalb die sündhaft teuren Gesundheitssysteme westeuropäischer Staaten nicht wesentlich bessere Resultate erbrachten als das russische. ●

Fussnoten auf Seite 3

Sputnik-Impfstoff in Lateinamerika

gl. Argentinien, das von der zweiten Welle von Covid-19 stark getroffen ist, hat Ende Dezember die ersten 300 000 Dosen des russischen Impfstoffs «Sputnik V» erhalten. Nach Mexiko, Costa Rica und Chile konnte es als viertes Land in Lateinamerika mit der Impfung beginnen, zunächst des medizinischen Personals. Präsident *Alberto Fernández* erhielt im Januar die Impfung, nachdem am Tag zuvor die Zulassung vom Gesundheitsministerium bewilligt worden war. Er dankte in einer *Twitter*-Meldung dem russischen Forschungsinstitut *Gamaleja* für seine Entwicklungsarbeit. Bis Ende Januar sollen weitere 5 Millionen Dosen eintreffen, im Februar dann nochmals 14,7 Millionen.

Auch Mexiko hat neben anderen Impfstoffen 7,4 Millionen Dosen «Sputnik V» bestellt. In Mexiko sind 2580 Angehörige des medizinischen Personals an Covid-19 gestorben, darunter 47% Ärzte.

«Es tut sich was ...»

Fortsetzung von Seite 1

wäre der Abbruch der Verhandlungen «töricht, denn was die Schweiz bisher erreicht habe – zum Beispiel das Schiedsgericht zur Streitbeilegung – sei sehr gut.»¹⁰ Aber nöd würkli!

Christa Markwalder war von 2006 bis 2014 Präsidentin der *Neuen Europäischen Bewegung Schweiz* (Nebs). Bei der Übernahme der Präsidentschaft am 7. Mai 2006 sagte Markwalder laut «Neuer Zürcher Zeitung»: «Nach einer Dekade bilateraler Verhandlungen sei es jetzt Zeit, wieder eine offensivere Europapolitik zu betreiben. Der Europabericht des Bundesrates werde eine gute Gelegenheit bieten, vertieft über die EU-Mitgliedschaft der Schweiz zu diskutieren.»¹¹ Das klingt bis heute nach.

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard greift Forderung von Thierry Burkart auf

Eine weitere Überraschung folgte bereits einen Tag nach Burkarts Stellungnahme. *Pierre-Yves Maillard*, Präsident des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* und SP-Nationalrat, schloss sich der Forderung seines freisinnigen Parlamentskollegen nach Abbruch der Verhandlungen an: «Wir wollen einen autonomen Lohnschutz und den Service public erhalten. Das Abkommen gefährdet diese An-

«Die Diskussion ums Rahmenabkommen dreht sich um Nebenschauplätze, während die Hauptsache vergessen geht: Es würde das Ende der Schweizer Souveränität und den Verlust der attraktiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bedeuten.» (autonomiesuisse)

gen. Daher haben wir immer gesagt, es hätte vor dem Volk kaum Chancen. Wir sagen, dass es klarer und ehrlicher wäre, einen kompletten Neubeginn der Verhandlungen anzustreben.»

Schon früher hatten die Gewerkschaftsspitzen (auch *Adrian Wüthrich* von *Travail Suisse*) die Sicherung des Schweizer Lohnschutzes und des Service public als Bedingungen für ihre Zustimmung zum Vertragsabschluss mit der EU festgehalten. Aber so deutlich hatte Maillard einen Neustart der Verhandlungen bisher nicht als Option genannt. Die Souveränitätsfrage im Abkommen sei «sehr schwierig», so Maillard. Grossbritanniens Vertrag mit der EU, in dem der EuGH keine Rolle spiele, zeige, dass es auch andere Lösungsmöglichkeiten gebe.¹²

Ausblick für 2021

Das ist ein erfreulicher Beginn dieses neuen Jahres in der Schweizer EU-Diskussion. Nicht ein Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen mit der EU steht an, sondern ein würdi-

ger Schlussstrich des Bundesrates unter einen Vertragsentwurf, der in Brüssel verfasst wurde und nie zur Schweiz gepasst hat. So könnte der Bundesrat seine Verbundenheit mit der Bevölkerung viel besser zum Ausdruck bringen, als wenn er einen Vertrag unterschreibt, der dann im Parlament oder spätestens in der Volksabstimmung versenkt wird. Gut, konnten wir zuerst den Abschluss der Verhandlungen zwischen London und Brüssel abwarten, der uns neuen Schwung gibt. Und gut, dass wir viele sind, Bürgerinnen und Bürger, Politiker, Unternehmer, die das Schweizer Modell nicht preisgeben wollen. ●

¹ siehe Wüthrich, Marianne. «Die Dinosaurier sind ausgestorben, aber die Igel gibt es noch», in: *Zeit-Fragen* vom 29.12.2020

² «Sieben Gründe für ein besseres Rahmenabkommen», <https://www.autonomiesuisse.ch/de/argumente>

³ autonomiesuisse. «Rahmenabkommen EU-Schweiz: Rückhalt bröckelt auf breiter Front. Jetzt müssen die politischen Akteure die Beziehung zur

EU neu denken». *Medienmitteilung* vom 15.1.2021, unterzeichnet vom Leitungsausschuss des Co-Präsidentiums, *Dr. Hansjörg Bertschi, Prof. Dr. Martin Janssen* und *Dr. Hans-Peter Zehnder*

⁴ «Rahmenabkommen Schweiz-EU: Lieber die Verhandlungen würdig beenden ...»

⁵ Alich, Holger. «Widerstand gegen Rahmenabkommen. Mit Bernhard Russi und Kurt Aeschbacher gegen den EU-Vertrag. Gespräch mit Philip Erzinger und Alfred Gantner», in: *Tages-Anzeiger* vom 16.1.2021

⁶ Zulauf, Daniel. «Jetzt werden die Zahlen richtig astronomisch. Interview mit Oswald Grubel», in: *St. Galler Tagblatt* vom 4.1.2021

⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 19.9.2020

⁸ «FDP-Ständerat fordert Übungsabbruch beim Rahmenabkommen: «Der Bundesrat sollte gegenüber der EU ehrlich sein». Gastkommentar von Thierry Burkart», in: *Aargauer Zeitung* vom 14.1.2021

⁹ Benini, Francesco. «Schweiz – EU. Dafür oder dagegen? Das Rahmenabkommen mit der EU entzweit die Freisinnigen», in: *Aargauer Zeitung* vom 16.1.2021

¹⁰ Benini, Francesco. «Schweiz – EU. Dafür oder dagegen? Das Rahmenabkommen mit der EU entzweit die Freisinnigen», in: *Aargauer Zeitung* vom 16.1.2021

¹¹ «Christa Markwalder ist neue Nebs-Präsidentin», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.5.2006

¹² Benini, Francesco. «Verhandlungen mit EU abbrechen. Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard unterstützt die Forderung von FDP-Ständerat Thierry Burkart», in: *St. Galler Tagblatt* vom 15.1.2021

Konkrete Alternativen zum «Feindbild Russland»

von Karl-Jürgen Müller

Die von Russland direkt nach Deutschland führende Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 steht im Fokus des neuen kalten Krieges zwischen den USA und Russland. Eine ausgewogene und rein sachliche Diskussion um das Für und Wider dieser Pipeline ist fast nicht möglich. Die US-amerikanischen und europäischen Störmanöver gegen den Pipelinebau sind mannigfaltig. Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zu Verzögerungen beim Bau der Pipeline. Jetzt ist wieder Bewegung in die Sache gekommen.

Am 15. Januar 2021 hat das deutsche Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) die Genehmigung zum Weiterbau von Nord Stream 2 im deutschen Bereich des Baus erteilt. Die erneute Genehmigung war notwendig geworden, weil das Schweizer Unternehmen Allseas seine Spezialschiffe für den Pipelinebau nach Sanktionsdrohungen durch die USA Ende 2019 zurückgezogen hatte und ein russisches Schiff mit einer anderen Technologie, die jetzt genehmigt wurde, angefordert werden musste. Das russische Verlege-Schiff «Fortuna» befindet sich nun in der Ostsee. Nur noch 150 Kilometer der Doppelleitung (2 mal 75 Kilometer) – bei einer Gesamtlänge von mehr als 2448 (2 mal 1224) Kilometern – müssen verlegt werden.

Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern

Schon am 7. Januar 2021 hatte der Landtag des deutschen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern die Gründung einer Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern mit den Stimmen der regierenden SPD und CDU sowie der Oppositionspartei Die Linke beschlossen. Die andere Oppositionspartei, die AfD, hatte sich der Stimme enthalten. Die staatliche Stiftung hat nicht nur den Zweck, den Klima- und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern zu fördern, sie wird auch die Möglichkeit haben, den Bau der Ostsee-Gaspipeline Nord



Nord Stream und die geplante Nord Stream 2 Pipeline. (Karte Gazprom)

Stream 2 zu unterstützen. Auch das war von den Verantwortlichen von vornherein öffentlich gesagt worden. Zum Stiftungsvermögen trägt das Land Mecklenburg-Vorpommern 200 000 Euro bei, die Nord Stream 2 AG mit Sitz im schweizerischen Zug¹ hat sich bereit erklärt, 20 Millionen Euro für das Stiftungsvermögen zur Verfügung zu stellen – was von der Landesregierung begrüßt wird. «Ich freue mich sehr, dass wir die Nord Stream 2 AG als Partner für dieses Projekt gewonnen haben», sagte der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes, Christian Pegel von der SPD.² Den dreiköpfigen Vorstand der Stiftung bilden der frühere Ministerpräsident des Landes, Erwin Sellering (SPD), der frühere EU-Abgeordnete Werner Kuhn (CDU) und die Unternehmerin Katja Enderlein.

Den Bau von Nord Stream 2 unterstützen

Die offen formulierte Absicht, mit der Stiftung den Bau von Nord Stream 2 zu unterstützen, ist eine Reaktion des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf die sich weiterhin verschärfenden Sanktionsdrohungen der US-Regierung und des US-Kongresses gegen alle Unternehmen, die sich direkt oder indirekt am Bau der Pipeline beteiligen. Zeit online zitierte am 7. Januar die Ministerpräsidentin des Landes, Manuela Schwesig von der SPD, mit den Worten: «Wir haben nicht vor, dass diese Stiftung die Pipeline baut oder betreibt.» Es gebe lediglich die Möglichkeit, einen Beitrag zur Fertigstellung zu leisten. «Ob diese Möglichkeit gebraucht oder genutzt wird, hängt davon ab, ob die USA weiter auf Sanktionen gegen deutsche und europäische Firmen setzen.» Die Stiftung habe laut Satzung das Recht, zum Beispiel Bauteile und Maschinen zu kaufen, die für die Fertigstellung der Gasleitung unerlässlich sind. So wären die Unternehmen, die diese Dinge an die Stiftung lieferten, nicht mehr von US-Sanktionen bedroht. Und da die Stiftung eine staatliche ist, wären gegen sie nach der bisherigen Gesetzeslage in den USA keine Sanktionen möglich: Staatliche Stellen sind

bislang noch ausdrücklich von diesen US-Sanktionsdrohungen ausgenommen.

Ein Interview mit Manuela Schwesig

In einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) vom 14. Januar 2021³ hat die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern ausführlich zum Stiftungsprojekt, aber auch zu den weitergehenden politischen Fragen Stellung genommen.

Eingangs wird Manuela Schwesig gefragt, ob das kleine Mecklenburg-Vorpommern den grossen USA ein Schnippchen schlagen und mit einer Stiftung die Sanktionen gegen Nord Stream 2 umgehen wolle. Sie antwortet: «Wir reagieren darauf, dass die Amerikaner eine rechtsstaatlich genehmigte und fast fertiggestellte Pipeline mit Sanktionen bedrohen, um die Marktchancen für ihr eigenes Fracking-Gas zu verbessern. Das finde ich empörend und ärgere mich, dass all die Kritiker der Stiftung kein Wort darüber verlieren, wie sie zu den US-Sanktionen gegen deutsche Unternehmen stehen.»

Dem Vorwurf, die neue Stiftung habe doch nur vordergründig etwas mit Klima- und Umweltschutz zu tun und sei eine Mogelpackung, entgegnet sie: «Der Vorwurf trägt nicht. Denn wir haben alles sehr transparent gemacht, und das Parlament in Mecklenburg-Vorpommern hat die Einrichtung der Stiftung mit sehr breiter Mehrheit beschlossen. Die neue Stiftung wird über Jahre viele gute Dinge für den Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern tun. Sie wird die Pipeline weder bauen noch betreiben. Aber sie kann beim Bau der Pipeline helfen, wenn das wegen der amerikanischen Sanktionen nötig wird. Auch das haben wir völlig transparent gemacht. Übrigens: Im Rahmen des Baus der ersten Nord-Stream-Pipeline wurden bereits zwei Naturschutzstiftungen gegründet. In beide hat Nord Stream Geld eingezahlt, und in beiden sind namhafte Umweltschutzorganisationen vertreten. Warum soll das, was damals richtig war, heute falsch sein? [...] Ob die neue Stiftung einen Beitrag zum Pipelinebau leisten muss, wird man sehen. Das hängt vom weiteren Vorgehen der

USA ab. Ganz sicher wird die Stiftung aber einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Das Geld für Natur- und Klimaschutzprojekte in ganz Mecklenburg-Vorpommern wird Nord Stream in jedem Fall zur Verfügung stellen.»

Dann wird sie gefragt, ob sie kein Problem darin sehe, den Klimaschutz mit der Fertigstellung einer Pipeline für den Transport von Erdgas zu verquicken. Ihre Erwiderung: «Nein, denn nach meiner festen Überzeugung ist Erdgas ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Deutschland steigt im kommenden Jahr aus der Atomkraft aus und bis spätestens 2038 aus der Kohleverstromung. Wir brauchen zumindest für eine Übergangszeit das Gas als Brückenenergieträger, weil wir noch nicht ausreichend Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung haben und die Speichertechnologien noch weiterentwickelt werden müssen. Eine gelingende Energiewende, die ökologisch und auch ökonomisch funktioniert, ist der beste Klimaschutz.»

«Befreundete Länder können und dürfen so nicht miteinander umgehen»

Auf die Frage nach ihren Erwartungen an die deutsche Bundesregierung antwortet sie: «Wir fordern eine Zurücknahme der Sanktionen gegen unsere Unternehmen. Und ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie diesen Punkt in ihren ersten Gesprächen mit der neuen US-Regierung deutlich macht. Unabhängig davon, ob man die Pipeline richtig findet oder nicht. Befreundete Länder können und dürfen so nicht miteinander umgehen.»

Am Ende des Interviews wird Manuela Schwesig darauf angesprochen, dass sie in eine Reihe mit Russlands Präsident Wladimir Putin gestellt werde. Daraufhin sagt sie: «Diese Angriffe zeigen, dass es vielen gar nicht um sachliche Kritik an einem Infrastrukturprojekt geht, sondern um Vorbehalte gegen Russland. Käme die Pipeline nicht aus Russland, sondern aus Skandinavien, gäbe es viel weniger Kritik. In Mecklenburg-Vorpommern wünschen sich 80 Prozent der Menschen gute Beziehungen zu Russland, es gibt seit Jahren eine eng gelebte Partnerschaft mit dem Leningrader Gebiet. Wir stehen zur deutsch-russischen Zusammenarbeit. Das heisst nicht, dass wir unkritisch sind, aber Kritik und Dialog gehören zusammen.»

Während die Probleme der Menschheit Kooperation aller Staaten und Völker fordern, ist die Wirklichkeit eine andere. Zu dieser Wirklichkeit gehört das westliche «Feindbild Russland».⁴ Dieses Feindbild ist fast täglich konkret und fassbar. Oder wozu sonst soll es gut sein, wenn zum Beispiel am Sonntagabend des 17. Januar 2021 die erste «Nachricht» in der «Tagesschau» der ARD um 20:00 Uhr – früher einmal ein Flaggsschiff der deutschen Nachrichtensendungen – vollkommen einseitig über die Rückkehr von Alexei Nawalny nach Russ-

Fortsetzung auf Seite 4

«Der Umgang Russlands ...»

Fussnoten von Seite 2

¹ <https://m.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/301756/analyse-gesundheitsreformen-und-ihre-ergebnisse>; <https://www.dekoder.org/de/gnose/russland-gesundheitssystem-onkologie>; <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/russland/covid-19-gesundheitswesen-in-russland-251238>; https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_Gesundheitsausgaben

² siehe die Gesundheitsausgaben pro Kopf bei <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37176/umfrage/gesundheitsausgaben-pro-kopf/> und in Prozent des BIP: https://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.CHEX.GD.ZS?most_recent_value_desc=true

³ vgl. die entsprechenden Zahlen: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37212/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-der-niedrigsten-kindersterblichkeit/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/937771/umfrage/rate-der-saeuglingssterblichkeit-in-der-schweiz-nach-geschlecht/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/810933/umfrage/kindersterblichkeit-in-denu-laendern/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1753074/umfrage/kindersterblichkeit-in-russland/>

⁴ siehe <https://ostexperte.de/lebenserwartung-russland/>

⁵ Staatsverschuldung: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/171417/umfrage/staatsverschuldung-von-russland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/#:~:text=Im%20Jahr%202019%20betr%C3%A4gt%20die,9%20Prozent%20des%20Bruttoinlandsprodukts%20prognostiziert.> Und der internationale Vergleich: <https://www.laenderdaten.de/wirtschaft/staatsverschuldung.aspx>. Goldreserven: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156673/umfrage/laender-mit-den-groessten-goldreserven/>

⁶ vgl. die Zahlen weltweit: <https://www.worldometers.info/coronavirus/>

⁷ <https://www.vedomosti.ru/society/news/2020/08/01/835757-klinicheskije-ispitanija-vaksini-zaversheni>; <https://covid19.rosminzdrav.ru/minzdrav-rossii-zaregistriroval-pervuyu-v-mire-vakczinu-ot-covid-19/>; <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/115504/Russland-laest-Impfstoff-gegen-SARS-CoV-2-zu>; <https://www.tagesschau.de/ausland/russland-impfstoff-101.html>

⁸ zu D. Logunov: <https://meduza.io/en/feature/2020/07/23/russia-s-way-out>

⁹ siehe <https://www.google.at/amp/s/amp2.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-von-biotech-bis-sputnik-v-so-unterschiedlich-wirken-die-anti-corona-impfstoffe/26683166.html>; <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/118731/impfstoffe-Warum-Sputnik-V-eine-hoehere-Effektivitaet-gegen-SARS-CoV-2-erzielen-koennte-als-AZD1222>; <https://www.google.at/amp/s/amp.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-sputnik-russland-massenimpfung-100.html>

Europäer wollen nicht in Konflikte zwischen den Grossmächten hineingezogen werden

Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des European Council on Foreign Relations

km. Am 19. Januar 2021 hat der European Council on Foreign Relations eine Studie mit dem Titel «The crisis of American power: How Europeans see Biden's America» (Die Krise der amerikanischen Macht: Wie Europäer Bidens Amerika sehen)¹ veröffentlicht. Die Studie umfasst 26 Seiten, gibt Ergebnisse einer Umfrage bei 15 000 Bürgerinnen und Bürgern in elf europäischen Staaten² wieder und kommentiert diese. Die Umfrage wurde Ende November 2020 nach der Wahl von Joseph Biden durchgeführt. Sie hat vor allem den Zweck, die neue US-Regierung bei ihren Plänen zu unterstützen, die transatlantischen Bindungen wieder enger zu schnüren. Das Schlusskapitel trägt deshalb auch die Überschrift: «Conclusion: Towards a new Atlanticism» (Schlussfolgerung: In Richtung eines neuen Atlantizismus). Nichtsdestoweniger sind die Umfrageergebnisse selbst sehr in-

teressant. Hier soll nur auf eines hingewiesen werden. Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt: «Wenn es Uneinigkeit («disagreement») zwischen den USA und China (bzw. Russland) gibt, was erwarten Sie dann von Ihrem Land?» Die Befragten konnten zwischen vier verschiedenen Antworten auswählen: «Ich hätte gerne, dass mein Land auf Chinas (bzw. Russlands) Seite stehen würde», «Ich weiss nicht», «Ich hätte gerne, dass mein Land neutral bleibt» und «Ich hätte gerne, dass mein Land auf der Seite der USA stehen würde». Das Ergebnis ist sowohl bei US-amerikanischer Uneinigkeit mit China als auch bei Uneinigkeit mit Russland, dass die Mehrheit sich wünscht, ihr Land solle neutral bleiben. Insgesamt in Europa sind es 60 % (USA-China) beziehungsweise 59 % (USA-Russland). Bei amerikanisch-chinesischer Uneinigkeit schwanken die Zahlen

zwischen 67 % in Portugal und 50 % in Polen und Dänemark; bei amerikanisch-russischer Uneinigkeit zwischen 68 % in Portugal und 45 % in Polen. In Deutschland liegen die Zahlen für beide zwischenstaatlichen Beziehungen bei 66 % der Befragten, die eine neutrale Haltung ihres Landes bei Uneinigheiten der Grossmächte befürworten.

Die Studie enthält weitere interessante Ergebnisse. Sie zeigt auch, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bei einem wichtigen politischen Thema in vielen europäischen Staaten anders denkt als ihre Regierungen.

¹ <https://ecfr.eu/wp-content/uploads/The-crisis-of-American-power-How-Europeans-see-Bidens-America.pdf>

² Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Spanien und Ungarn

UN-Sonderberichterstatterin für unilaterale Sanktionen: Die USA müssen Sanktionen aufheben und Syrien den Wiederaufbau ermöglichen



Alena Douhan
(Bild ohchr.org)

«Die Sanktionen verletzen die Menschenrechte des syrischen Volkes, dessen Land durch den seit fast zehn Jahren andauernden Konflikt zer-

Die UN-Menschenrechtsexpertin Alena Douhan* forderte heute die Vereinigten Staaten auf, die unilaterale Sanktionen aufzuheben, die den Wiederaufbau der durch den Konflikt zerstörten zivilen Infrastruktur in Syrien behindern.

stört wurde», sagte Douhan, UN-Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen der einseitigen Zwangsmassnahmen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte.

«Der Konflikt und die Gewalt haben bereits katastrophale Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Grundrechte des syrischen Volkes und haben Häuser, medizinische Einrichtungen, Schulen und sonstige Einrichtungen stark beschädigt», sagte sie.

Der umfassende Anwendungsbereich des US-Sanktionsgesetzes, das im Juni [2020] in Kraft getreten ist, könnte jeden Ausländer treffen, der beim Wiederaufbau des verwüsteten Landes hilft, und sogar Mitarbeiter ausländischer Unternehmen und humanitärer Organisationen, die beim Wiederaufbau Syriens mithelfen.

Der *Caesar Syria Civilian Protection Act*, auch bekannt als *Caesar-Gesetz*¹, enthält die weitreichendsten US-Sanktionen, die jemals gegen Syrien verhängt wurden.

«Ich bin besorgt, dass Sanktionen, die unter dem Caesar Gesetz verhängt werden, die ohnehin schon schlimme humanitäre Situation in Syrien noch verschlimmern werden, insbesondere im Zuge der Covid-19-Pandemie, und das syrische Volk einem noch höheren Risiko von Menschenrechtsverletzungen aussetzen», sagte Douhan.

«Als sie die ersten Sanktionen unter dem Caesar-Gesetz im Juni 2020 ankündigten, sagten die Vereinigten Staaten, dass sie nicht

beabsichtigten, der syrischen Bevölkerung zu schaden», sagte sie. «Doch die Durchsetzung des Gesetzes dürfte die bereits bestehende humanitäre Krise verschlimmern und das syrische Volk der Chance berauben, seine grundlegende Infrastruktur wieder aufzubauen.»

Das Caesar-Gesetz werfe wegen seiner uneingeschränkten Notstandsbefugnisse der Exekutive und seiner extraterritorialen Reichweite ernste völkerrechtliche Bedenken auf. Es führt auch zu dem hohen Risiko der Übererfüllung.

«Was mich besonders alarmiert, ist die Art und Weise, in der das Caesar-Gesetz die Menschenrechte mit Füßen tritt, einschliesslich der Rechte des syrischen Volkes auf Unterkunft, Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard und Entwicklung. Die US-Regierung darf dem Wiederaufbau von Krankenhäusern keine Steine in den Weg legen, denn fehlende medizinische Versorgung bedroht das grundlegende Recht der gesamten Bevölkerung auf Leben.»

Da die Wirtschaft weitgehend zerstört ist, muss Syrien in der Lage sein, Zugang zu notwendiger humanitärer Hilfe zu erhalten und die lebenswichtige Infrastruktur im Land wieder aufzubauen, wobei es auf ausländische Hilfe angewiesen ist. Die Tatsache, dass das US-Finanzministerium die syrische Zentralbank als geldwäscheverdächtig eingestuft hat,

schafft eindeutig völlig unnötige Hürden bei der Bearbeitung der syrischen Auslandshilfe und der Abwicklung humanitärer Importe.

Das Recht der syrischen Bevölkerung auf angemessenen Wohnraum müsse respektiert und ihr Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen gewährleistet sein, so Douhan.

«Den Zugang zu Hilfsgütern zu behindern, die für die Reparatur der durch den Konflikt beschädigten Infrastruktur benötigt werden, wird sich negativ auf die Menschenrechte des syrischen Volkes auswirken, und es kann das Trauma des jahrzehntelangen Konflikts fortschreiben», sagte Douhan. Die Sicherstellung, den Import von notwendiger humanitärer Hilfe und Baumaterialien nicht zu behindern, könnte die Rückkehr von Vertriebenen erleichtern, während die Infrastruktur wiederhergestellt wird.

Wenn Menschen gezwungen sind, unter unwürdigen und unmenschlichen Umständen zu leben, weil der Wiederaufbau verhindert wird, kann dies ihre körperliche und geistige Unversehrtheit beeinträchtigen und unter Umständen zu einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung führen.

¹ vgl. hierzu *Zeit-Fragen* Nr. 14 vom 30. Juni 2020, Anmerkung der Redaktion

Quelle: <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/NewsDetail.aspx?NewsID=26630&LangID=E> vom 29.12.2020 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

* Alena Douhan (Belarus) wurde im März 2020 vom Menschenrechtsrat zur Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmassnahmen auf die Verwirklichung der Menschenrechte ernannt. Frau Douhan verfügt über umfangreiche Erfahrung in den Bereichen Völkerrecht und Menschenrechte als Professorin für Völkerrecht an der Belarussischen Staatlichen Universität (Minsk), Gastprofessorin am Institut für Friedens- und Kriegsvölkerrecht (Böschung, Deutschland) und Direktorin des *Friedensforschungszentrums* (Minsk). Sie promovierte 2005 an der Belarussischen Staatlichen Universität und habilitierte 2015 zum Dr. habil. in Völkerrecht und Europarecht (Belarus). Frau Douhans akademische und Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Völkerrecht, Sanktions- und Menschenrechtsrecht, internationales Sicherheitsrecht, dem Recht internationaler Organisationen, der internationalen Streitbeilegung und dem internationalen Umweltrecht.

Hans Köchler: Extraterritoriale Sanktionen sind völkerrechtswidrig

«Was die völkerrechtliche Problematik unilateraler Sanktionen angeht, ist der gravierendste Aspekt jedoch derjenige der [...] Extraterritorialität, wenn nämlich die wirtschaftlichen Rechte – beziehungsweise, bezogen auf Staaten, die Souveränitätsrechte – unbeteiligter Dritter verletzt werden. Es ist unter gar keinen Umständen rechtlich zu begründen, dass, wenn ein Staat einen Streit mit einem anderen Staat unter anderem in der Form von Wirtschaftssanktionen austrägt – also mit derartigen Massnahmen den anderen Staat zwingen will, eine bestimmte Position einzunehmen oder von der bisherigen abzugehen –, Drittstaaten, die damit nichts zu tun haben, an diese unilaterale Sanktionen gebunden sind – und so indirekt in diesen Konflikt hineingezogen werden. Ein Staat besitzt nicht das Recht, anderen Staaten beziehungsweise den Firmen in anderen Staaten vorzuschreiben, wie

sie ihre Wirtschaftsbeziehungen gestalten sollen.»

Hans Köchler, Schweizer Vorträge. Texte zu Völkerrecht und Weltordnung, S. 143f.

«Die rechtlichen Probleme, die aus diesem überbordenden Souveränitätsanspruch (nämlich der extraterritorialen Durchsetzung von Sanktionen) resultieren, werden vom sanktionsverhängenden Staat in der Regel ignoriert, denn diesem geht es nicht um die von der UNO vielgepriesene internationale Herrschaft des Rechts, sondern einzig und allein darum, den sanktionierten Staat zu dem jeweils gewünschten Verhalten zu



ISBN 978-3-909234-23-3

zwingen. Weil derartige Ansprüche in der Regel in einer Konstellation des Machtgleichgewichtes erhoben werden, ist die Anrufung von Rechtsinstanzen von vornherein müssig. Das einzige, was zählt, ist, dass der von den Sanktionen betroffene Staat allein, wenn er dazu realpolitisch überhaupt imstande ist, oder im Bündnis mit anderen auf den Plan tritt und selbst Gegenmassnahmen gegen den sanktionierenden Staat trifft.»

Hans Köchler, a.a.O., S. 144

«Es bedarf keiner näheren Begründung, dass bilaterale Sanktionen nicht extraterritorial angewendet werden dürfen. Kein Staat hat, wenn er einen Staat bestraft, das Recht, anderen Staaten die konkrete wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem sanktionierten Staat – in welcher Weise auch immer – zu verbieten beziehungsweise diese an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Dies gilt im konkreten Fall auch für europäische Firmen und Privatpersonen, die Geschäftsverbindungen mit Russland haben beziehungsweise Projekte mit Russland abwickeln.»

Hans Köchler, a.a.O., S. 131

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Köchler war von 1990 bis 2008 Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck. Gründer und Präsident (seit 1972) der International Progress Organization. Seit 2018 Fakultätsmitglied der Akademie für Cultural Diplomacy (Berlin). Mitglied des Universitätsrates der Berlin University for Digital Sciences

«Konkrete Alternativen ...»

Fortsetzung von Seite 3

land und seine dortige Verhaftung «berichtet» und sich dieser Plot wie gleichgeschaltet durch alle Nachrichtensendungen zieht?

Die Grünen in der Kampffront gegen Nord Stream 2

Auch der Kampf gegen Nord Stream 2 gehört dazu. Interessant ist, wer sich alles auf der US-Seite der Kampffront befindet. Ganz vorne in Deutschland stehen Politiker der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* wie *Katrin Göring-Eckardt* (Fraktionsvorsitzende der Partei im Deutschen Bundestag) und *Annalena Baerbock*. Frau Baerbock, eine der beiden Vorsitzenden der Partei, wurde ausführlich von der deutschen Zeitung «Bild» («Baerbock zu Nord Stream 2: GroKo macht sich zum Handlanger des Kreml-Projekts»⁵) und auch von der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» («Baerbock fordert Stopp von Stiftung für Nord Stream 2»⁶) zitiert. Der andere Vorsitzende der Partei, *Robert Habeck*, wandte sich sogar an den neuen CDU-Vorsitzenden *Armin Laschet*: «Herr Laschet muss die Position seiner Partei, der CDU, korrigieren und sich klar gegen Nord Stream 2 positionieren.»⁷ «Fridays for Future» hat in mehreren Städten Ostdeutschlands gegen die neue Stiftung demonstriert.⁸ Auch grosse deutsche «Umwelt»verbände wie BUND, die «Deutsche Umwelthilfe», der «Naturschutzbund Deutschland» (Nabu) oder WWF-Deutschland wollen Nord Stream 2 verhindern und haben am 18. Januar mit einem Widerspruchsverfahren gegen die Baugenehmigung durch das BSH vorerst den Weiterbau in deutschen Gewässern gestoppt.

Zur Freude der USA

Freuen darüber werden sich die Verantwortlichen in den USA. Schon am 20. November 2020 hiess es beim Redaktionsnetzwerk Deutschland⁹: «USA erhöhen Druck auf Firmen bei Nord Stream 2. Die US-Regierung sieht die deutsch-russische Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 auf den letzten Metern vor dem Aus und erhöht den Sanktionsdruck auf beteiligte europäische Unternehmen. «Diese Pipeline findet nicht statt», sagte ein hochrangiger US-Regierungsvertreter der Nachrichtenagentur *dpa* in Washington. «So sieht eine sterbende Pipeline aus.» Grundlage der US-Sanktionen ist ein im Dezember 2019 vom US-Kongress verabschiedetes Gesetz mit dem irreführenden Titel «Gesetz zum Schutz von Europas Energiesicherheit» (*Peesa*), und die US-Regierung begründet ihre Ablehnung von Nord Stream 2 offiziell mit einer «zu grossen Abhängigkeit der europäischen Partner vom russischen Gas».

Was gehen die USA die europäische Energiesicherheit und die (vermeintlichen) Abhängigkeiten Europas an? So wie die US-Verantwortlichen heute sprachen früher die europäischen Kolonialherren.

Im selben Artikel heisst es auch: «Im Rahmen des Gesetzespakets zum Verteidigungshaushalt (NDAA) 2021 soll ein Gesetz verabschiedet werden, mit dem die Sanktionen verschärft werden.» Und dann ist noch zu lesen: «Auch Biden steht dem [Pipeline-]Projekt kritisch gegenüber. Noch in seiner früheren Rolle als US-Vizepräsident unter *Barack Obama* hatte Biden die Pipeline «einen fundamental schlechten Deal für Europa» genannt.»

Einen Tag vor der Amtsübergabe hat die alte US-Regierung Sanktionen gegen das russische Unternehmen *KVT-RUS* beschlossen und das Verlege-Schiff «Fortuna» zu «blockiertem Eigentum» erklärt – was auch immer das konkret bedeuten mag. Offiziell hiess es von US-Seite zur Begründung, die Pipeline würde Russland die Möglichkeit geben, «natürliche Ressourcen als Mittel für politischen Druck und böartigen Einfluss gegen Westeuropa zu nutzen».¹⁰ [Hervorhebung durch Verfasser] Und auch der designierte neue US-Aussenminister *Antony Blinken* will nun «jedes überzeugende Instrument» einsetzen, um Nord Stream 2 zu verhindern.¹¹

Ist das der neue «Partner» und «Freund» Europas, von dem die EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* in ihrer Lobeshymne vom 20. Januar sprach?¹²

Gegen die US-amerikanischen Annahmen hat es aber auch immer wieder Proteste von Verantwortlichen aus Deutschland und Europa gegeben. Dass das Land Mecklenburg-Vorpommern nun auch konkrete Taten folgen lässt, ist ein wichtiger und mutiger Schritt. •

¹ Das russische Unternehmen *Gazprom* hält 100 Prozent der Aktienanteile. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler *Gerhard Schröder* ist der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Die europäischen Unternehmen *E.ON* (heute *Uniper*), *Wintershall*, *Royal Dutch Shell*, *OMV* und *Engie* beteiligen sich an den Investitionskosten.

² <https://www.regierung-mv.de/Aktuell/?id=166889&processor=processor.sa.pressemitteilung> vom 6.1.2021

³ <https://www.rnd.de/politik/schwesig-rechnet-mit-nord-stream-gegner-ab-vorbehalte-gegen-russland-statt-sachlicher-kritik-Q5FCSGXFV5CJZIQCCKP4BYXANE.html>

⁴ Nach wie vor sehr lesenswert zu diesem Thema ist das 2016 erschienene Buch von *Hannes Hofbauer*: *Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung*, Promedia-Verlag, ISBN 978-3-85371-401-0

⁵ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/baerbock-zu-nord-stream-2-groko-macht-sich-zum-handlanger-des-kreml-projekts-74890478.bild.html> vom 14.1.2021

⁶ <https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/baerbock-fordert-stopp-von-stiftung-fuer-nord-stream-2-17143748.html> vom 13.1.2021

⁷ https://www.focus.de/finanzen/boerse/ostsee-pipeline-moskau-will-fertigstellung-gazprom-schliesst-scheitern-nicht-aus_id_12858693.html vom 20.1.2021

⁸ <https://www.nau.ch/news/wirtschaft/fridays-for-future-demonstriert-in-mehreren-staedten-gegen-stiftung-fur-nord-stream-2-65850625> vom 12.1.2021

⁹ <https://www.rnd.de/politik/nord-stream-2-usa-erhoehen-druck-auf-firmen-und-personen-RG6LIRN33JMRUYXSSPQJ56L3PM.html> vom 21.11.2020

¹⁰ <https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-01/nord-stream-2-russland-usa-sanktionen-gas-pipeline> vom 19.1.2021

¹¹ https://www.focus.de/finanzen/boerse/ostsee-pipeline-moskau-will-fertigstellung-gazprom-schliesst-scheitern-nicht-aus_id_12858693.html vom 20.1.2021

¹² Das deutsche Magazin *Stern* (<https://www.stern.de/news/von-der-leyen-mit-biden-hat-eu-wieder-einen-freund-im-weissen-haus-30007508.html>) zitierte Frau von der Leyen am 20.1.2021 wie folgt: «Nach vier langen Jahren wird Europa wieder einen Freund im Weissen Haus haben», sagte von der Leyen am Mittwoch im EU-Parlament. Die ganze Welt habe darauf gewartet, die USA wieder «im Kreis gleichgesinnter Staaten» begrüssen zu können. «Dieser Tag bringt die USA zurück», sagte von der Leyen weiter. «Europa ist bereit, die Verbindung mit seinem alten und vertrauten Partner wieder aufzunehmen, um neues Leben in unsere geschätzte Allianz zu bringen.»

Fall Assange: Sie konnten den Überbringer der Nachricht nicht töten

von Baltasar Garzón*



Baltasar Garzón
(Bild zvg)

Ich weiss nicht, ob der Name von *Vanessa Baraitser*, Richterin am *Central Criminal Court* in London, in die Geschichte des internationalen Strafrechts oder in die Geschichte der Auslieferungen ihres Landes eingehen wird, aber die Entscheidung, die

sie jetzt traf, wird einen Wendepunkt in ihrer Karriere markieren. Sie weigerte sich, *Julian Assange*, den Gründer von *WikiLeaks*, an die Vereinigten Staaten von Amerika auszuliefern. Ein ähnlicher Fall betraf Richter *Ronald Bartle*, als er 1999 die Auslieferung von *Augusto Pinochet* in einem Präzedenzfall bewilligte.

Es stimmt, dass die Richterin eine deutlichere Entscheidung hätte treffen können und vielleicht auch sollen, indem sie eindeutig die Verteidigung der Meinungsfreiheit als massgebliche Grundlage für ihr Urteil angeführt hätte, aber sie hat sich dazu entschieden, auf die für die britische Justiz – die immer so ausgewogen und politisch korrekt ist – weniger komplizierte Variante zurückzugreifen, nämlich auf humanitäre Motive.

Dass die von den Vereinigten Staaten geforderte Auslieferung *Julian Assanges* abgelehnt wurde, hat einen kollektiven Seufzer der Erleichterung ausgelöst. Die Richterin ist zu dem Schluss gekommen, den wir – das Team von Verteidigern, das ich koordiniere – so oft deutlich gemacht haben: *Julian Assanges* Gesundheitszustand hat sich durch die jahrelange Zwangsgefangenschaft und die ständigen Schikanen, denen er während dieser langen Zeit ausgesetzt war, deutlich verschlechtert. «Das Risiko, dass *Assange* Selbstmord begeht, wenn die Auslieferung erlaubt würde, wäre sehr hoch», sagt *Baraitser*. «Herrn *Assanges* seelischer Gesundheitszustand ist derart, dass es für ihn unerträglich wäre, an die Vereinigten Staaten ausgeliefert zu werden.»

Das ist wahr. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie der Journalist und Gründer von *WikiLeaks* von mächtigen und allgegenwärtigen Kräften unmenschlich behandelt wurde, wie sie mit allen Mitteln versucht haben, ihn zum Schweigen zu bringen, zu neutralisieren und zu eliminieren. Es ist ihnen nicht gelungen. Es war ein echter Kampf von *David* gegen *Goliath*, den wir unternommen haben, um zu verhindern, dass die Vereinigten Staaten strafflos davonkommen, seit dem 19. Juni 2012, als *Julian* in der Botschaft von Ecuador in London um Asyl gebeten hat. Dieses wurde von der Regierung von Präsident *Rafael Correa* gewährt, ein mutiger Schritt gegenüber der mächtigen amerikanischen Regierung. Die Meinungsfreiheit, die Informationsfreiheit und vor allem das Recht der Bürger zu erfahren, wer die Fäden zieht, die die Welt bewegen; das Recht der Bürger zu erfahren, was wir nicht wissen sollen und wohin sie uns lenken wollen, standen auf dem Spiel. Mit anderen Worten: Das Fundament der Demokratie selbst stand auf dem Spiel.

Assange ist hingestanden

Julian Assange ist hingestanden und hat dafür bezahlt. Er wurde beschuldigt, 18 Delikte begangen zu haben, 17 davon fallen unter das



Pro memoria: *WikiLeaks*-Gründer *Julian Assange* zeigt eine Ausgabe der britischen Tageszeitung «*The Guardian*» während einer Pressekonferenz im *Frontline Club* in London, Grossbritannien, am 26. Juli 2010, um über die 75 000 Dokumente zum Afghanistan-Krieg zu diskutieren, die die Organisation der «*New York Times*», dem Londoner «*Guardian*» und dem deutschen «*Spiegel*» zur Verfügung gestellt hat. «Es gibt keine perfekten Informationen, aber am Ende ist die Wahrheit alles, was wir haben», sagte *Assange*. (Bild keystone)

Spionagegesetz von 1917 – Sie sehen, über welche Zeit wir sprechen –, und eines bezog sich auf die angebliche Computerhilfe für die Militäroffizierin *Chelsea Manning*, von der die Vereinigten Staaten behaupten, dass sie die Quelle von *WikiLeaks* war. Die dafür geforderten 175 Jahre Haft stehen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Irak- und Afghanistan-Kriegstagebücher im Jahr 2010, den *Guantánamo*-Archiven und den Depeschen des State Department. Was *Assange* aufdeckte, war die Begehung verschiedener Verbrechen durch die US-Behörden: Kriegsverbrechen, Folter und verschiedene internationale Verbrechen.

Seitdem hat er eine wirkliche Leidensgeschichte hinter sich. Dies wurde vom UN-Berichtersteller gegen Folter, *Nils Melzer*, bestätigt. Ebenso von der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen und – mit wiederholten und eindringlichen Berichten – vom UN-Gesundheitsberichtersteller. Darüber hinaus hat die Behandlung, die er seit seiner Ausweisung aus der Botschaft im April 2018 im Hochsicherheitsgefängnis von *Belmarsh* erfahren hat, das Gericht zur Überzeugung gebracht, dass jeder Prozess gegen ihn, der mit einer Verurteilung endet, grausam wäre und zu seinem sicheren Tod führen könnte.

Diese Entscheidung zeigt die Unverhältnismässigkeit der möglichen Strafen und die Zweifel, die das amerikanische Strafvollzugssystem, insbesondere in Zeiten der Pandemie, bei der Richterin hervorruft und uns veranlasst, in ihrer Entscheidung den offensichtlichen Widerspruch zu lesen, dass der Prozess in dem beschwerdeführenden Land fair wäre, aber nicht die Vollstreckung der Strafe, weil sie unwiderruflich zum Tod des Betroffenen führen könnte. Diese Aussage ist noch schwerwiegender als die klare Aussage, dass die Verfolgung von *Julian Assange* politisch war und das Recht auf freie Meinungsäusserung verletzte, wie es in der Tat aus Sicht der Verteidigung der Fall ist. Das Urteil disqualifiziert, kurz gesagt, den gesamten US-Haftmechanismus. Dasselbe tat die britische Justiz vor erst zwei Jahren im Fall von *Lauri Love* von *Anonymous*, als sie im Februar 2018 aus demselben Grund seine Auslieferung an die USA ablehnte.

Sieben Jahre Gefangenschaft und Schikanen

Die Solidarität und der mutige Einsatz von Präsident *Correa* verhinderten, dass *Assange*, als er in der ecuadorianischen Botschaft in London Zuflucht suchte, wegen einer obskuren Anschuldigung, die sich im Laufe der Zeit ohne Anklageerhebung und ohne Beweise in Luft auflöste, an Schweden ausgeliefert wurde. Das alles nährte den starken Verdacht, dass es sich um eine Strategie handelte, um seine Auslieferung an die Vereinigten Staaten zu provozieren. Darum ging es.

Sieben Jahre verbrachte er in der Botschaft, in einem Raum ohne Tageslicht, ohne

frische Luft, mit allen möglichen physischen und psychischen Leiden. Er wurde ständig bespitzelt. Der Regierungswechsel in Ecuador mit der Machtübernahme eines den USA willfähigen Präsidenten, *Lenin Moreno*, bedeutete die Ausweisung aus der Botschaft und die Einweisung in ein Hochsicherheitsgefängnis, das den fragilen Zustand des Journalisten zu verschlechtern drohte.

Bei meinem letzten Besuch in diesem Gefängnis, als wir uns unter Tränen mit einer langen Umarmung verabschiedeten, fürchtete ich wirklich um sein Leben und bezweifelte, dass im Fall von *Julian Assange* die Gerechtigkeit herrschen sollte, während keine der von ihm aufgedeckten schwerwiegenden Fakten von dem Land, das ihn zum Schweigen bringen wollte, untersucht worden war. In dieser Auseinandersetzung erstreckte sich die Bedrohung auf sein nahes Umfeld. Seine Anwälte waren ebenfalls Objekt der Spionage durch die spanische Sicherheitsfirma (*UC Global*), die in der ecuadorianischen Botschaft präsent ist und vermutlich mit den amerikanischen Geheimdiensten in Verbindung steht. Dies wird vom Zentralen Instruktionsgericht Nummer fünf des spanischen Bundesgerichts untersucht. Nicht einmal *Assanges* Sohn, ein Baby, blieb von dieser Überwachung verschont. Dessen Leben wurde – selbst unter solch minima-

listischen Lebensbedingungen – genauestens überprüft und analysiert.

Den Überbringer der Botschaft töten

Die grosse Sünde, die der Journalist beging, war zweifellos die Gründung der Nachrichtenagentur *WikiLeaks*, die ein System von Firewalls auf IPs einrichtete, so dass jeder Whistleblower auf der Welt Informationen über die Begehung von Verbrechen an diese Plattform senden konnte. Die Quelle blieb anonym. Jahre später wird über eine europäische Richtlinie für solche Whistleblower nachgedacht, die in die gleiche Richtung geht.

Das Töten des Überbringers der Botschaft war schon immer die Vorgehensweise der Bösen, der Kriminellen, derjenigen, die nicht wissen, wie sie das Böse, das sie in sich tragen, verbergen können. Das Verschweigen ist die gewaltsam angewandte Methode, die sie in dem Glauben anwenden, dass ihre Sünden nicht das Licht der Welt erblicken werden. Manchmal haben sie Erfolg, aber in diesem Fall ist der Versuch nicht gut gelaufen. *Assange* war nicht allein, es gab Hunderttausende von Stimmen, die auf der ganzen Welt nach Freiheit für den Journalisten geschrien haben.

Es stimmt allerdings auch, dass es viel Stillschweigen von Behörden und inakzeptable persönliche Diffamierungen gegeben hat. Aber schliesslich und für den Moment, während man auf die mehr als wahrscheinliche Berufung wartet, ist der Gerechtigkeit Genüge getan worden.

Ich denke, die beste Zusammenfassung stammt von *Noam Chomsky*, dessen Resümee wir bei der Verhandlung vor der britischen Richterin vorgelesen haben. Nach Meinung des Philosophen hat *Assange* der Meinungsfreiheit und der Demokratie einen enormen Dienst erwiesen: «Die amerikanische Regierung will ihn dafür kriminalisieren, dass er ihre Macht ans Tageslicht bringt, die sich in Luft auflösen könnte, wenn die Bevölkerung die Chance ergreift, unabhängige Bürger einer freien Gesellschaft zu werden und nicht Untertanen einer Herrschaft, die im verborgenen operiert.» Das ist der Ruhm von *Assange* und das Elend der USA. Heute lebt der Überbringer der Botschaft weiter. Und wir, seine Anwälte, werden weiterhin dafür einstehen, dass er nicht mehr und nicht weniger als seine Pflicht als Journalist zum Wohle aller getan hat.

Quelle: *InfoLibre* vom 4.1.2021; www.infolibre.es/noticias/opinion/plaza_publica/2021/01/05/no_han_conseguido_matar_mensajero_115081_2003.html (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

LESER  BRIEF

«Auf einen «Befehl von oben» kann der Soldat oder die Soldatin sich nicht mehr berufen!»

Vor zwei Jahren musste ich Geschichtsunterricht zum Thema «Die Nürnberger Prozesse» vorbereiten und bin dabei auf einen mir neuen Gedanken gestossen, ein Prinzip, das den Prozess – neben dem Verbot des Angriffskrieges gegen ein anderes Volk – auch mitbestimmte, und zwar war das der Gedanke, dass der Befehlsnotstand nicht mehr schuld mindernd anerkannt wurde. Dies war eines der Prinzipien bei der Prozessführung – und es war notwendig; denn alle diese im Nazi-Staat bestimmenden Personen redeten sich durch die Bank auf Befehl «von oben» heraus, betonten ihr angeblich starkes Pflichtgefühl, «im Namen des deutschen Volkes» gehandelt zu haben – keiner wich im Laufe des Prozesses davon ab! Und sie hofften so auf Strafminderung. Dass der Befehlsnotstand nicht mehr anerkannt wurde von den Richtern im Nürnberger Prozess, hat heute die Folge, dass jeder junge Soldat und jede Soldatin sich bewusst sein muss, wie er oder sie sich als Soldat zum Beispiel gegenüber den Zivilisten des Gegners, den Kriegsgefangenen des Gegners und gegenüber den verwundeten Soldaten des Gegners zu verhalten hat, ohne das internationale Recht zu brechen. Denn auf einen «Befehl von oben» kann der Soldat oder die Soldatin sich nicht mehr be-

rufen! Im Schulunterricht gehen solche Fragen meist unter.

Den Gedanken von Herrn Professor *de Zayas* in seinem Interview zu den Nürnberger Prozessen (*Zeit-Fragen* Nr. 28/29 vom 15.12.2020), dass Kriegsverbrechen geahndet werden müssen, ungeachtet des Sieger- oder Besiegtenstatus, und dass die Vertreibungen aus dem Osten Europas eigentlich vor Gericht gehören und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssten, finde ich sehr wichtig. Schon *Aristoteles* postulierte einen «sicheren und gerechten Frieden» als Abschluss eines Krieges – eigentlich eine Selbstverständlichkeit! Und ich frage mich, weshalb die Menschheit hier so an ihre Grenzen im Denken und Herausfinden neuer Möglichkeiten im internationalen Zusammenleben stösst. Vielleicht sind schon Fortschritte sichtbar, die in diese Richtung gehen, aber wenn sich nichts rührt ausser der ewig gleichen Frage, welche Länder die nichtständigen Sitze im Sicherheitsrat haben sollen, und wenn die Generalversammlung der 193 Staaten auf der Welt nur einmal im Jahr stattfindet, so erscheint mir jedenfalls dies zu mager und zu wenig!

Susanne Wiesinger, Freiburg i. B.

* *Baltasar Garzón* (*1955 in der Provinz Jaén) war jahrelang der bekannteste Untersuchungsrichter Spaniens. Er ermittelte in zahlreichen politisch brisanten Verfahren an der *Audiencia Nacional*, dem höchsten spanischen Strafgerichtshof, gegen Drogenhändler, Korruptionsfälle, ETA-Terrorismus und Verbrechen der *Franco*-Zeit. 1998 erliess er einen internationalen Haftbefehl gegen den chilenischen General *Pinochet*. Dies war weltweit der erste Fall, bei dem unter Berufung auf das Völkerstrafrecht gegen einen ausländischen früheren Machthaber ermittelt wurde. 2009 ermittelte er auch gegen die US-Regierung wegen der im Gefangenenlager *Guantánamo* begangenen Folterverbrechen. 2012 wurde gegen *Baltasar Garzón* ein elfjähriges Berufsverbot verhängt wegen Rechtsbeugung. Seitdem ist er als Berater und Rechtsanwalt in Lateinamerika tätig und koordiniert u.a. die Verteidigung von *Julian Assange*. Er erhielt für seinen Einsatz für die Menschenrechte zahlreiche Auszeichnungen.

Lessing und seine Ringparabel – ein Meisterwerk echter Toleranz

Das Kernstück in Lessings «Nathan der Weise» ist voll überraschender Aktualität

von Peter Küpfer

Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) wurde in eine unruhige Zeit hineingeboren. Anders als viele seiner Zeitgenossen konnte er sich aber nicht damit abfinden, dass an-erzogene oder erworbene Vorurteile gemeinsames Handeln erschweren, verhindern, zu Streit, Hader, ja sogar zu Kriegen führen. Sein ganzes eindrückliches Leben ist geprägt von der Frage, wie es zu vorgefertigten Meinungen und Besserwisserei kommt und wie die menschliche Vernunft damit umgehen sollte. Mit seinem «Nathan der Weise» hat er darauf eine gültige Antwort gegeben. Sie ist bis zum heutigen Tag wegweisend geblieben. Angesichts der heute wieder vermehrt spürbaren Tendenz, dass unterschiedliche Vorstellungen in sachlichen, politischen oder weltanschaulichen Fragen immer noch in einer Art «Glaubenskrieg» enden, der tragfähige gemeinsame Lösungen blockiert, ist der Blick auf Lessing besonders wohltuend.

Lessing kam als Sohn eines pietistischen Pfarrers in der kleinen Provinzstadt Kamenz in der Lausitz (Sachsen) auf die Welt. Sein Vater, strenger Protestant, betrachtete die christlichen Glaubensinhalte allerdings nicht als Gegensatz zur menschlichen Vernunft. Er gab seinem drittältesten Kind Gotthold den jüdischen zweiten Vornamen *Ephraim*. Damit setzte der protestantische Pfarrer in einer damaligen deutschen Kleinstadt ein ungewöhnliches und mutiges Zeichen für den religiösen Frieden, und dies in einer Zeit, in der Judenpogrome noch nicht so lange der Vergangenheit angehörten. Diesen Mut hat sein Sohn mitbekommen. Ursprünglich Theologiestudent an der Universität Leipzig, wechselte der lernbegierige junge Mann zur Medizin. Aber schon bald beschloss der leidenschaftliche Leser, freier Schriftsteller zu werden, ein stolzes Unterfangen in einer Zeit, in der die Literatur (wie die Musik und die Malerei) meist immer noch auf adlige Mäzene angewiesen war. Denn der freie Kunstmarkt, wie wir ihn heute kennen, war damals, in den Jahren vor der Französischen Revolution, erst in seinen Anfängen.



Gotthold Ephraim Lessing
(Gemälde von Anna Rosina de Gasc, Lisiewska, 167/1768, Gleimhaus Halberstadt)

Nach dem Wechsel nach Berlin und seinem intensiven Kontakt mit aufklärerischen Literaten und Schriftstellern, darunter *Moses Mendelssohn*, erwirbt Lessing in Wittenberg den Magistergrad und kehrt 1752 nach Berlin zurück. Der sprachkundige junge Literat übersetzt Texte von *Voltaire*, auch auf Französisch verfasste Abhandlungen *Friedrichs des Grossen*. Der Briefwechsel mit den Berliner Freunden und Schriftstellern über Neuerscheinungen und Aufführungen führt zur Herausgabe seiner «Briefe die neueste Literatur betreffend». Im Siebenjährigen Krieg dient der oft mittellose Literat dem preussischen General *Taentzien* als Sekretär und lernt die Schrecken und Greuel damaliger Kriege aus nächster Nähe kennen, wie übrigens auch schon als junger Internatschüler bei der Belagerung von Meissen im Zweiten Schlesischen Krieg. In Briefen schildert der junge Lessing sein Entsetzen angesichts der Verwundeten in den kriegszerschossenen Häusern, die dort ohne jede Hilfe eingeschlossen blieben, da die



Recha begrüsst Nathan. Links Rechas Amme Daja, noch gezeichnet vom Schrecken über den Brand.
(Gemälde von Gottlieb Maurycy, 1877)

Stadt den Ausbruch der Pest befürchtete. (Lessing, Gesammelte Werke, hg. v. P. Rilla, Weimar 1968, Bd IX, S. 8f.) Lessings auch heute noch oft gespieltes Lustspiel «Minna von Barnhelm» ist eine heitere Verarbeitung seiner damaligen ersten Erfahrungen.

Ein Leben im Kampf gegen Vorurteile

Der junge Schriftsteller hat es von Anfang an nicht leicht. Seine grosse Begabung, sein solides Wissen, sein breites Interesse und seine elegante, oft etwas spitze Feder sind belastet durch die Anforderung, sich sein Leben durch sein Schreiben alleine zu verdienen. Übersetzungen, Theaterkritiken, Buchrezensionen, auch erste Bühnenwerke bringen nicht viel ein, so dass ihn bald einmal Schulden plagten. Seine ersten theatralischen Versuche führen zu wenig Erfolg. Darunter fällt auch die Komödie «Die Juden», in welcher der junge Lessing im Gewand des gehobenen Lustspiels äusserst ernsthafte Befunde über Entstehung und Wirkung von Vorurteilen unterbringt. Lessing erkennt schon in diesem Frühwerk als Hauptursache für die in der europäischen Geschichte so zahlreichen Judenverfolgungen die Geltung von sich selbst auferlegten Denkschranken, die es verhindern, die Realität unvoreingenommen zu prüfen. Bei der Konzeption seines Hauptdramas, «Nathan der Weise», das erst viel später entsteht, wird Lessing auf dieses Jugendwerk zurückgreifen. Mit seinem bürgerlichen Trauerspiel «Miss Sara Sampson», eine der ersten Tragödien deutscher Sprache, in der nicht nur Könige und hochgestellte Persönlichkeiten Schicksalhafter erleben (wie es die damals noch gültige Dramatik der französischen Klassik verlangt), sondern Menschen wie du und ich, wollte er dem deutschen Theaterpublikum echtes Mitgefühl und Anteilnahme an menschlichen Verstrickungen ermöglichen.

Eine erste festere Anstellung, die direkter mit seiner Gesinnung verknüpft war, ergab sich durch seine Berufung als Dramaturg beim neu gegründeten *Hamburger Nationaltheater*, wechselvolle Jahre, in denen seine viel beachtete Schrift «Hamburgische Dramaturgie» entstand. Eine gewisse materielle Konsolidierung erfolgte 1770, als der Herzog von Braunschweig Lessing zum Kustos der damals berühmtesten Bibliothek Deutschlands berief, derjenigen von Wolfenbüttel, eine Anstellung, die Lessing bis zu seinem Tode (1781) innehatte. Lessing heiratete, verlor aber seine junge Frau und seinen Sohn wenige Tage nach dessen Geburt. 1772 erfolgte die Endfassung seines bekannten bürgerlichen Trauerspiels «Emilia Galotti», in welchem Lessing die moralische Skrupellosigkeit eines italienischen Fürsten an einem sittenlosen und leichtfertigen Hof ans Licht bringt. Der fiktive Schauplatz hatte viel Ähnlichkeiten mit dem damals vielerorts luxuriösen und ausschweifenden Leben an deut-

schen Fürstenhöfen. Das Stück wurde kein Erfolg, es hat jedoch *Schillers* themenverwandtes Jugendstück «Kabale und Liebe», das elf Jahre später Furore machte (Uraufführung 1783, sechs Jahre vor der Französischen Revolution), in seiner ungestümen Anklage gegen absolutistische Willkür und Korruption an deutschen Höfen der Rokoko-Zeit deutlich beeinflusst.

«Nathan der Weise» – Lessings Vermächtnis

Als Bibliothekar der berühmten Wolfenbütteler Bibliothek gab Lessing auch Texte und Textauszüge aus den hier vorhandenen bibliophilen Schätzen heraus. Er bevorzugte Autoren, welche dem Realismus und dem Vernunftdenken verpflichtet waren. Besonderes Aufsehen erregte dann aber Lessings Herausgabe von Schriften des Hamburger Gymnasialprofessors *Hermann Samuel Reimarus* im Rahmen von Lessings «Wolfenbütteler Fragmenten». Dieser vertrat die damals viele Theologen verletzenden Ansichten, die Bibel sei nicht Wort Gottes, sondern ein von Menschen geschriebener Text, Jesus nicht der Sohn Gottes, sondern ein Mensch, der den Messiaserwartungen seiner Zeit entgegengekommen sei, die Auferstehungsgeschichte das Produkt der Phantasie seiner Jünger. Diese Publikation Lessings stiess auf besonders scharfe öffentliche Ablehnung, insbesondere derjenigen des Hamburger Pastors *Melchior Goeze*, welcher die Veröffentlichung Lessings als Frontalangriff auf die Religion wertete und in mehreren Abhandlungen scharf kritisierte. Auf diese reagierte wiederum Lessing ebenso entschieden, ebenfalls öffentlich. Schliesslich belegte Lessing Schirmherr, der Herzog von Braunschweig, seinen kämpferischen Bibliothekar mit einem Schreibverbot in dieser Sache. Lessing gab aber nicht auf und fasste den Plan, seine Sicht in einem Theaterstück zu klären, «die Kanzel mit der Bühne zu vertauschen», wie er in einem Brief schrieb. So entstand sein «Nathan der Weise», sein Vermächtnis in der Frage der religiösen und zwischenmenschlichen Toleranz, ein Stück, das immer wieder gespielt wird und in dem Lessing auf die Frage nach den verbindenden Kräften in uns Menschen mit den Mitteln des Schauspiels antwortet.

Kriegerischer «Konfliktherd»

Ort des Geschehens ist die Stadt Jerusalem im europäischen Hochmittelalter, zur Zeit der Kreuzzüge. Christentum, Judentum und Islam treffen hier seit Jahrhunderten aufeinander. Die blutige Eroberung Jerusalems durch die christlichen Heere und ihr Wüten unter der jüdischen Bevölkerung ist bei den Akteuren noch in frischer Erinnerung. Die sanfte Regierung des im Stück idealisierten, milde über Jerusalem herrschenden Sultans *Saladin*

sucht jedes Wiederaufflackern des Hasses der unterschiedlichen Glaubensrichtungen schon im Keim zu besänftigen. Es ist offensichtliche Absicht des Autors, mit diesem Schauplatz Repräsentanten der drei den gleichen Gott verehrenden Religionen – Christentum, Judentum und Islam – in ganz unterschiedlichen Haltungen zu präsentieren. Sultan *Saladin* entspricht in Lessings Stück dem Inbegriff des weisen Herrschers, dem auf religiösen Frieden hin orientierten politischen Oberhaupt über die Stadt und geistlichen Führer der damals Jerusalem beherrschenden islamischen Staatsgewalt (eine Figur, die nach dem Vorbild der französischen und deutschen Aufklärer gestaltet ist). Ihm steht als Hauptfigur der reiche jüdische Kaufmann *Nathan* gegenüber, auch er mit allen Attributen der Mitmenschlichkeit, Fürsorge und Weisheit ausgestattet. Gegen diese beiden «humanistisch» agierenden positiven Repräsentanten ihrer Religion fällt der Vertreter der christlichen Religion, der in Jerusalem residierende christliche Patriarch, unvorteilhaft ab. Er, geistiges Oberhaupt der christlichen Angreifer, schnüffelt im Leben der Juden in Jerusalem herum und möchte, kurz vor dem Höhepunkt des Dramas, den angesehenen Juden *Nathan* als vermeintlichen Religionsfrevler mit dem Tode bestrafen. Auch der jugendliche Held der Vordergrundgeschichte, der fränkische Tempelritter *Curd von Stauffen* (er wird in Lessings Stück «Tempelherr» genannt), der den Kreuzzug der christlichen Truppen mitgemacht und durch Gefangenschaft den Anschluss an seine sich zurückziehenden Waffenbrüder verloren hat, ist zunächst voller christlicher feindseliger Vorurteile gegenüber der jüdischen Bevölkerung Jerusalems. Erst der Kontakt zu *Nathan* und die damit verknüpfte Liebesgeschichte lässt ihn die Wirklichkeit erkennen, die so anders ist, als er es sich gedacht hat. Es ist das Geschick Lessings, aus dieser Ausgangslage die an sie gebundene Dramatik und die sich daraus ergebende Einsicht in einem packenden dramatischen Geschehen aufgehen zu lassen.

Menschliche Verstrickungen

Nathan kommt mit seiner Karawane von einer längeren Geschäftsreise zurück. Er erfährt zu seinem Schrecken, dass seine Tochter *Recha* bei einem Hausbrand beinahe umgekommen wäre. Sie ist dem Tod nur entgangen, weil sie ein unbekannter Tempelritter unter Einsatz seines eigenen Lebens gerettet hat. Es handelt sich dabei um den oben geschilderten jungen christlichen Ritter.

Nathan, noch voller Schreck, möchte dem jungen Templer seine Dankbarkeit erweisen, aber *Recha* weiss nicht, wer er ist. Der Templer war vor seiner Rettungstat nach einem Gefecht von den Truppen *Saladins* gefangen-

Fortsetzung auf Seite 7

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach
CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW
IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

«Lessing und seine Ringparabel ...»

Fortsetzung von Seite 6

genommen worden und hätte das Schicksal seiner Weggefährten, nämlich den Tod, geteilt, wenn ihm nicht ein Zufall zu Hilfe gekommen wäre: Saladin erkannte in seinem Gesicht eine markante Ähnlichkeit mit seinem in früheren Waffengängen umgekommenen Bruder *Assad* und begnadigte, einer Eingebung folgend, den jungen Mann. Ziellos irrt dieser in der Folge herum und gelang schliesslich wieder zum Haus, wo er das «Judenmädchen», wie er sich ausdrückt, gerettet hat. Nathan nähert sich ihm voller Dankbarkeit, aber der Templer weist ihn schroff zurück, von Juden will er weder Dank noch Anerkennung. Schliesslich kann Nathan ihn doch zu einem Besuch seiner Tochter in seinem Haus bewegen.

Inzwischen erfahren wir anlässlich eines Gesprächs zwischen Saladin und seiner klugen Schwester *Sittah* von den immer grösseren finanziellen Nöten des Sultans. Sie ergeben sich nicht durch teure Prachtentfaltung, sondern durch die grosse Not seiner Untertanen, denen Saladin im einzelnen Fall immer kräftig unter die Arme greift, mit Beiträgen aus der sich so schnell leerenden Staatskasse. Es gibt nur einen, der den Staat vor dem drohenden Bankrott bewahren kann, der Jude Nathan mit seinem unermesslichen privaten Vermögen. Aber kann man ihm trauen? Saladin will seine Gesinnung auf die Probe stellen, lädt ihn vor und stellt ihm die Frage nach der wahren Religion. Wenn Religion die Wahrheit verkündet, und das wollen doch, so sagt er, alle drei Religionen, die den gleichen Gott verehren, dann können nicht alle drei gleichzeitig im Besitze der Wahrheit sein. Also, welche der drei Religionen ist die wahre? Nathan sieht die Verfänglichkeit der Situation. Da fällt ihm eine alte Geschichte ein, diejenigen von den drei Ringen. Mit ihr will er nicht nur sich selbst retten, sondern dem hohen Herrn auch ein Stück Weisheit mitgeben. Sie ist gestaltet in Lessings Para-



Nathan erzählt Sultan Saladin die Parabel von den drei Ringen. (Szenenbild Wikipedia)

bel von den drei Ringen, einer Schlüsselszene der deutschen Dramengeschichte.

Die Ringparabel

Sie steht genau in der Mitte des Dramas und ist schon von daher als dessen Zentrum zu erkennen. So geht sie:

Ein «Mann im Osten» besass einst einen kostbaren Ring, der die magische Eigenschaft hatte, seinen Träger «vor Gott und den Menschen angenehm zu machen». Es wurde Tradition seines Hauses über Generationen, dass der Träger des Rings ihn immer demjenigen seiner Söhne vererbte, «der ihm der liebste war». Das ging lange Zeit gut. Nun hatte aber einmal einer der Ringträger drei Söhne, die ihm alle gleich lieb waren. Als er seinen Tod herannahen fühlte, liess er bei einem geschickten Goldschmied zwei weitere Ringe nachmachen, so kunstfertig, dass man die drei Ringe unmöglich voneinander unterscheiden konnte. Vor seinem Tod übergab der Vater jedem seiner Söhne «den» Ring. Schon bald entspann sich unter ihnen der Streit, wer denn nun den echten Ring besitze. Schliesslich gelangten sie vor einen weisen Richter, den die verzwickte Sachlage ebenfalls an die Grenzen seiner Rechtsprechung brachte. Endlich kam ihm die Lösung in den Sinn. Ihr sagt doch, wandte er sich an die drei, dass der echte Ring die Eigenschaft hat, den Träger vor Gott und den Menschen angenehm zu machen. Nun gut, so tretet ab heute in einen friedlichen Wettstreit unter euch. Jeder von euch dreien bemühe sich, sich vor Gott und den Menschen angenehm zu machen. Und wenn ihr es zum Ende eures Lebens noch nicht wisst, so gebt den Wettstreit euren Söhnen weiter und die wiederum den ihren:

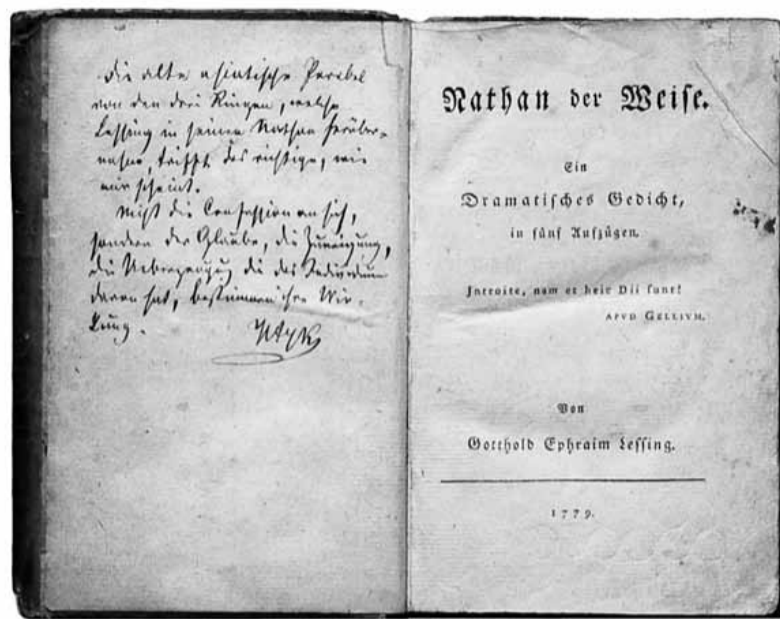
«Es strebe von euch jeder um die Wette, Die Kraft des Steins in seinem Ring an' Tag Zu legen! Komme dieser Kraft mit Sanftmut Mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun, Mit inniger Ergebenheit in Gott Zu Hilf! Und wenn sich dann der Steine Kräfte Bei euern Kindern Kindeskindern äussern: So lad ich über tausend tausend Jahre Sie wiederum vor diesen Stuhl. Da wird Ein weiser Mann auf diesem Stuhle sitzen Als ich; und sprechen. Geht! – So sagte Der bescheidne Richter.»

(Lessing, *Nathan der Weise*, 3. Aufzug, 7. Auftritt)

«Alle Menschen werden Brüder»

Saladin ist von der Weisheit der Parabel gerührt und bewirbt sich um Nathans Freundschaft, die mit dem Staatsdarlehen besiegelt werden soll. Da nimmt nun aber die Entwicklung der menschlichen Verstrickungen ihren dramatischen Verlauf.

Der Tempelritter besucht schliesslich auf Drängen Nathans widerstrebend Recha und verliebt sich – «Rache» der Natur an dessen anerzogenen Vorurteilen – prompt in die Tochter des Juden. Von ihrer Freundin und Wärterin *Daja* erfährt der Tempelritter allerdings, dass Recha nicht die leibliche Tochter von Nathan ist, sondern ein angenommenes Kind einer Christin. Der Tempelritter erfährt bei dieser Gelegenheit auch, dass Nathan Recha nicht nach den Vorschriften der christlichen Kirche aufgezogen hat. Der erboste christliche Gottesstreiter sieht darin religiöse Gänge-



Erstdruck, auf Subskriptionsbasis, noch ohne Verlagsangabe. (Bild Wikipedia)

lung eines Kindes und hinterbringt die Geschichte dem Patriarchen von Jerusalem, der hier das Vorenthalten der wahren Religion gegenüber einem getauften Christen wittert und Nathan vor Gericht bringen will. Immer wieder hämmert er dabei den verhängnisvollen Satz ein, der seitdem zum Inbegriff des religiös geschürten Fanatismus geworden ist: «Der Jude wird verbrannt!»

Im Schlussteil des philosophischen Dramas lösen sich die menschlichen Verstrickungen aber eine nach der anderen. Der vor-schnelle junge Tempelritter wird durch die Wahrheit beschämt. Nathan hat Recha nicht konfessionell aufgezogen, sondern nur in allgemein menschlicher Gesittung. Wenn sie erst erwachsen ist, so Nathans kindgerechte Einstellung, wird sie die Wahrheit über ihre Herkunft erfahren und kann dann selbst wählen, welcher Religion sie angehören will. Auch der Tempelherr muss erkennen, dass sein rasch aufflammender Affekt ihm vor einem tieferen Verständnis stand. Stück um Stück erfährt er die Wahrheit, und zwar die ganze: Bei der Eroberung Jerusalems durch die Christen wurden Nathans Ehefrau und seine sieben Söhne bestialisch getötet. Der verzweifelte Nathan hatte dann aber nur wenige Tage später die Grösse, Recha, das Kind einer Christin (sie war kurz nach der Geburt verstorben, der Vater in kriegerische Wirren verstrickt), an Kindesstatt anzunehmen, als Geschenk Gottes. Nachforschungen, Dokumente und Zeugen der Vergangenheit bringen an den Tag, was Nathan schon lange ahnte: Der junge Tempelherr ist ebenfalls der Sohn des Vaters von Recha. Schliesslich erweist sich, worauf sein Äusseres schon hindeutete: Sein nie gekannter Vater ist Saladins früh verstorbenen Bruder *Assad*, der sich in Deutschland *Wolf von Filnek* nannte. Damit sind der Tempelherr und Recha Geschwister, die in Saladin und Nathan zwar nicht leibliche, aber echt fürsorgliche Väter gefunden haben. Freundschaft und natürliche Bande überwinden damit die Feindbilder, welche jahrhundertlang Kriege nährten.

So zeigt der Schluss im Symbolischen, was nach Lessing für die ganze Menschheit gilt: Alle Menschen sind Brüder, oder soll-

ten es werden, wie es dann viel später, nach vielen weiteren Kriegen, der erste Artikel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* verlangt: Sie sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen und auf das Mittel des Krieges zur Durchsetzung ihrer Ansprüche verzichten.

Die Wahrheit muss sich erweisen

Bei vielen hat sich die Ringparabel als Sinnbild für religiöse Toleranz eingepreigt. So wie die drei Ringe äusserlich nicht zu unterscheiden sind, so kann und sollte nach Lessing keine Religion für sich den Anspruch erheben, die ganze und einzige Wahrheit zu sein. Wahrheit ist für Lessing nicht, sie muss sich erweisen, die Menschen müssen sie sich erringen – allerdings nicht kriegerisch, nicht mit Gewalt. Es eröffnet sich hier eine weitere Dimension der Ringparabel, auf die seltener insistiert wird, ohne die sich die Ringparabel aber verwässert: Lessings Botschaft heisst nicht nur, dass alle drei grossen monotheistischen Religionen gleichwertig sind, als Religion. Das heisst sie zwar auch, aber sie sagt noch mehr. Die Träger der echten Ringe, also diejenigen, die ernsthaft überzeugt sind, wie die Menschen leben sollen, dürfen sich in dieser «rechtgläubigen» Überzeugung moralisch nicht zur Ruhe setzen. Sie dürfen sie anderen Menschen auch nicht aufzwingen, wie es das negative Beispiel des Patriarchen und die katastrophale Vorgeschichte des Geschehens zeigt. Sie müssen im Gegenteil durch Taten beweisen, dass sie Träger des «echten Ringes» sind. Der echte Ring hat ja die Fähigkeit, «seine Träger vor Gott und den Menschen angenehm zu machen». Zur Zeit des Absolutismus konnte das vor allem heissen, dass der gerechte, der menschliche, der aufgeklärte Herrscher derjenige war, der sich den Menschen, damals seinen Untertanen, angenehm machte. Er musste milde, er musste menschenwürdig, er musste gerecht regieren.

In unseren modernen Zeiten hat die Weisheit der Ringparabel noch an Verbindlichkeit gewonnen. Träger des echten Ringes sind nicht mehr nur die um Gerechtigkeit, gute Gesetze und gute Herrschaft (*Good governance*) miteinander wetteifernden religiösen Autoritäten, Herrscher oder Regierungen – es sind die inzwischen zur Demokratie übergegangenen oder übergehenden Völker selbst, also die menschliche Familie auf dieser einen Welt. In ihr soll das friedliche Wett-eifern seinen Platz haben, vor der Geschichte, das heisst, vor den Menschen zu «beweisen», dass man den Ring zu Recht trägt. Oder besser: ihn zu Recht tragen würde. Denn der moderne Mensch kann auf keine Ringmagie mehr vertrauen, er muss selbst der Keim des Besseren sein. Das ist die Weisheit der Ringparabel heute. Man kann sie ins Reich der schönen Träume verbannen, dort stört sie nicht. Oder man kann versuchen, nach ihr zu leben. Dann ist die tägliche Frage nicht so sehr, wer Recht hat in seiner Sicht des Lebens und des Menschen, sondern wer sich selbst und damit auch die Menschheit einen Schritt weiterbringt in Richtung auf ein angenehmeres, menschengerechteres Leben – für alle. Es ist, einmal mehr, der individuelle, besser noch gemeinschaftliche Beitrag ans *Bonum commune*, weltweit. Keine Heldentaten sind nach Lessing gefragt, aber Bemühen um das Menschliche in uns allen – möglichst vorurteilsfrei und möglichst täglich.

«... dem es genügt, ein Mensch zu heissen»

pk. Curd von Stauffen, der jugendliche und heissblütige Tempelritter, ist anfangs noch ganz im Banne ablehnender Gefühle, die er auf alle Juden überträgt, auch auf Nathan. Dieser stellt dessen Vorurteilen seine Weisheit entgegen, dass nicht das religiöse Bekenntnis zählt, sondern der Umstand, wie menschlich der Mensch seinen Mitmenschen begegnet, auch wenn er einen anderen Glauben hat. Nicht das Bekenntnis zählt, sondern das eigene gelebte Menschentum.

Nathan: [...] Ich weiss, wie gute Menschen denken; weiss, Dass alle Länder gute Menschen tragen.

Tempelherr: Mit Unterschied, doch hoffentlich?

Nathan: Jawohl;

An Farb', an Kleidung, an Gestalt verschieden. [...]

Tempelherr: Sehr wohl gesagt! – Doch kennt Ihr auch das Volk, Das diese Menschenmärkelei zuerst

Getrieben? Wisst Ihr, Nathan, welches Volk

Zuerst das auserwählte Volk sich nannte?

Wie? wenn ich dieses Volk nun, zwar nicht hasste,

Doch wegen seines Stolzes zu verachten,

Mich nicht entbrechen könnte? Seines Stolzes;

Den es auf Christ und Muselman vererbte,

Nur sein Gott sei der rechte Gott! [...]

Wenn hat, und wo die fromme Raserei,

Den bessern Gott zu haben, diesen bessern

Der ganzen Welt als besten aufzudringen,

In ihrer schwärzesten Gestalt sich mehr

Gezeigt, als hier, als jetzt? Wem hier, wem jetzt

Die Schuppen nicht vom Auge fallen ... Doch

Sei blind, wer will! – Vergesst, was ich gesagt;

Und lasst mich! (*will gehen*)

Nathan: Ha! Ihr wisst nicht, wie viel fester

Ich nun mich an Euch drängen werde. – Kommt,

Wir müssen, müssen Freunde sein! – Verachtet

Mein Volk so sehr Ihr wollt. Wir haben beide

Uns unser Volk nicht auserlesen. Sind

Wir unser Volk? Was heisst denn Volk?

Sind Christ und Jude eher Christ und Jude,

Als Mensch? Ah! wenn ich einen mehr in Euch

Gefunden hätte, dem es genügt, ein Mensch

Zu heissen! [...]

(Lessing, *Nathan der Weise*, 2. Aufzug, 5. Auftritt)

Die Bedeutung des Katholizismus und der Katholisch-Konservativen für die Entwicklung einer demokratischen Kultur in der Schweiz

von Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch)

In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie in den letzten 200 Jahren zu einem weltweit einmaligen Modell entwickelt. Die direkte Demokratie ist fester Bestandteil der politischen Kultur und das entscheidende Fundament für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes. Der Artikel «Geschichtsforschung und direkte Demokratie» (siehe Zeit-Fragen Nr. 16 vom 28. Juli 2020) fasste als Auftakt und kurzer Überblickstext die bisherigen Forschungen zusammen. Nun sollen, wie angekündigt, in einer losen Folge die Forschungsergebnisse anhand einzelner Themen vertieft werden. Den Anfang machen der Katholizismus und seine Bedeutung für die Demokratiegeschichte. Sein Einfluss, besonders in Form des katholischen Konservatismus, für die Entstehung und Entwicklung der direkten Demokratie in der Schweiz wird bis heute sehr stark unterschätzt und in der Geschichtswissenschaft komplett ignoriert. Nachfolgend nun ein Auszug aus dem einleitenden Kapitel des Tagungsbandes «Katholizismus und moderne Schweiz».¹

Historiographische Forschungsarbeiten haben die Bedeutung des Katholizismus für die Herausbildung der demokratischen Strukturen der Schweiz bereits festgestellt.² Die direkte Demokratie besitzt auf der Gemeindeebene mit dem Genossenschaftsprinzip ein wichtiges Fundament. Die früheste organisierte Gemeindeform waren die Kirchgemeinden, die in der Schweiz genossenschaftlich und dezentral aufgebaut waren (Kirchgenossen).

Die durch das Genossenschaftsprinzip geförderte «Gemeindefreiheit», kurz, die gemeindlich-genossenschaftliche Selbstbestimmung in Kirchgemeinden, Korporationen und politischen Gemeinden ist eine oft unterschätzte Tradition. Sie beruht auf einer naturrechtlichen Grundlage und trug viel zur späteren Konkretisierung der Volkssouveränität und Herausbildung der direkten Demokratie auf Kantons- und Bundesebene bei. In diesem Prozess, der im frühen 19. Jahrhundert begann, spielten der Katholizismus und später die katholische Soziallehre eine zentrale Rolle.

Definition und geschichtliche Aspekte

Was ist unter «Katholizismus» zu verstehen? Katholizismus ist die Gesamtheit der wahrnehmbaren, historisch-kontingenten Erscheinungsformen des katholischen Christentums. Der Begriff entstand im 16. Jahrhundert im Kontext der Konfessionalisierung, will heissen im Gegensatz zum Protestantismus. Heutzutage existieren verschiedenartig geprägte Katholizismen, die sich in den einzelnen Ländern im jeweiligen historischen Kontext herausgebildet haben.³

Ab 1523 schaffte die Reformation in den Schweizer Städten den Durchbruch. Doch bereits 1531 setzte der Zweite Kappeler Krieg dieser Entwicklung ein vorläufiges Ende. Danach begann in der Eidgenossenschaft ein langwieriger Prozess der «Konfessionalisierung», was zur Herausbildung von zwei Konfessionskirchen und zwei relativ streng voneinander geschiedenen Gesellschaften und Kulturen führte.⁴

Bis 1712 war die Schweiz durch eine politische Vorherrschaft der katholischen Orte geprägt. Die Beschlüsse des Konzils von Trient (1545–1563) leiteten eine katholische Reform ein, was unter anderem den Aufbau eines katholischen Bildungswesens mit sich brachte, gefördert vor allem durch die neuen Orden der Jesuiten und Kapuziner. Nach dem Zweiten Villmerger Krieg 1712 ergab sich ein wirtschaftliches und politisches Übergewicht der reformierten Orte, der Konfessionalismus flaute etwas ab. Gleichzeitig nahm die Aufklärung auf katholischer Seite lediglich Einfluss auf die politische und teilweise kirchliche Elite. Dies hatte einerseits staatskirchliche Tendenzen zur Folge und löste andererseits eine vielseitige, an der katholischen Aufklärung orientierte kirchliche Reformtätigkeit aus.⁵

Nach den Umbrüchen der Helvetik führte die kirchliche Neuordnung ab 1821 zur Bildung von neuen Bistümern in der Schweiz.

Im 19. Jahrhundert wurden etwa 50 klösterliche Niederlassungen säkularisiert. Dieser Prozess konnte teilweise durch die ab 1830 zahlreich gegründeten Kongregationen für Männer und Frauen aufgefangen werden (u. a. Schwesterngemeinschaften von Ingenbohl und Menzingen, zu denen Carlo Moos im Tagungsband einen Text publizierte).⁶

Die Jahre nach 1830 waren durch die politische Regeneration der Liberalen geprägt. Damals begann im Grunde bereits der «Kulturkampf» in der Schweiz, der bis etwa 1880 dauerte. In diesem Zusammenhang entwickelten sich im Rahmen des Schweizer Katholizismus zwei Richtungen: Die liberalen Katholiken bildeten eine heterogene Minderheit, während die Mehrheit katholisch-konservativer Gesinnung blieb.⁷

Geschichtsschreibung und Forschungsansätze

Franz Xaver Bischof schrieb im kürzlich abgeschlossenen *Historischen Lexikon der Schweiz* (HLS) zu den Katholisch-Konservativen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Folgendes:

«Eine Mehrheit konservativer Katholiken, die aus Angst insbesondere vor dem Verlust kultureller Identität an den überkommenen Traditionen festhalten wollte, lehnte unter Hinwendung nach Rom die Moderne mehr oder weniger stark ab. [Dies bewirkte eine] Abschottung gegenüber dem Zeitgeist [...]. Diese Ultramontanisierung ging in den katholisch-konservativen, überwiegend ländlich-agrarisch geprägten Gebieten tendenziell einher mit Rückständigkeit in Wirtschaft, Bildung und Kultur.»⁸

Eine solche, durchaus gängige Zuordnung der Katholisch-Konservativen kann auf Grund neuester historiographischer Erkenntnisse nicht aufrechterhalten werden (siehe den Beitrag von Heinrich R. Schmidt zum «Bildungsvorsprung des Schweizer Katholizismus» sowie den Beitrag von René Roca zu den Kantonen Schwyz und St. Gallen im Tagungsband). Was sind die Gründe für die eindimensionale Sichtweise auf die Bedeutung der Katholisch-Konservativen?

Die schweizerische Geschichtswissenschaft favorisierte in den letzten 40 Jahren auch bezüglich der Kirchen- und Religionsgeschichte zu einseitig die Sozial-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Methodische und theoretische Ansätze der Institutionen- sowie der Politik- und Ideengeschichte wurden vernachlässigt und nicht gefördert. Urs Altermatt hielt dazu fest: «Wenn man die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Literatur zum Thema «Schweizer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert» überblickt, stellt man um 1970 einen Paradigmenwechsel fest.»⁹ Gründe für den historiographischen Bruch sah Altermatt unter anderem in den Folgen des II. Vatikanischen Konzils von 1962–1965 und im Generationenwechsel unter den führenden Historikern, an dem er selbst beteiligt war. Bis um 1970 verfassten die meisten Geschichtswerke zum schweizerischen Bundesstaat Schweizer Historiker der liberal-konservativen Richtung. Der Grund dafür war, dass die nationale Kultur in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts protestantisch-liberal dominiert war. Laut Altermatt wirkte bis in die fünfziger und frühen sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts «das katholische Ghetto im Kulturbereich nach».¹⁰ Seit Beginn des Bundesstaates sahen sich die Historiker katholischer Observanz an den Rand gedrängt. Erst um 1970 erhielten sie einen festen Platz in der Geschichtswissenschaft der Schweiz, allerdings nur, weil sie den Paradigmenwechsel mittrugen. Namhafte katholische Historiker wie Oskar Vasella, Professor für Schweizer Geschichte an der Universität Freiburg von 1931 bis 1966, gerieten in Vergessenheit oder wurden aktiv ins Abseits gestellt. Gerade Vasella hatte in einem seiner Forschungsgebiete, der Reformationsgeschichte, Bahnbrechendes geleistet: «Mit seiner Neubeurteilung der Reformation öffnete Oskar Vasella den Dialog über die konfessionellen Gräben hinweg und

nahm den ökumenischen Aufbruch des Vaticanums II vorweg.»¹¹ Vasella thematisierte auch immer wieder die Gründungsphase des Bundesstaates und die diesbezügliche Rolle der Katholisch-Konservativen. Er konstatierte, dass gerade in der Beurteilung des katholischen Konservatismus «eine grössere Freiheit im geschichtlichen Denken»¹² nötig sei, um die Vorgeschichte der Bundesstaatsgründung wahrheitsgetreuer darzustellen. Das ist bis heute nicht geschehen. Die Universität Freiburg blieb zwar ein Zentrum der Geschichtsschreibung über den Schweizer Katholizismus, aber mit einem veränderten Fundament.

Altermatt selbst prägte den Paradigmenwechsel in der Geschichtsschreibung des Katholizismus ab 1970 massgeblich mit seiner Studie «Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto»¹³, die 1970 an der Universität Bern als Dissertation angenommen wurde. Die Studie behandelt die besonders nach 1848 feststellbare Tendenz, dass die Katholisch-Konservativen teils freiwillig, teils unfreiwillig auf nationaler Ebene in eine gesellschaftlich-kulturelle Isolation, eben in ein eigentliches «Ghetto», gerieten. Seit dem Ende der 1970er Jahre gehören von Altermatt geprägte Begriffe wie «katholisches Ghetto», «Subkultur» oder «Sondergesellschaft» zum Gemeintut der katholischen Sprachregelung. Die nationale Geschichtsforschung ordnete fortan den Schweizer Katholizismus allzu einseitig nach diesen soziologischen Kriterien und daraus abgeleiteten Fragestellungen.¹⁴

Die Schweiz ist religionsgeschichtlich wie auch im kirchenpolitischen Bereich ein Sonderfall. Seit der Gründung des Bundesstaates besitzen die Kantone die Kirchenhoheit. Die Katholische Kirche weist eine duale Struktur aus demokratischen staatskirchenrechtlichen Institutionen (z. B. Pfarrwahl) und der hierarchischen Struktur nach kirchlichem Recht auf.¹⁵ Die diesbezügliche Förderung des Föderalismus und des demokratischen Bewusstseins von katholischer Seite wurde bisher in der historischen Forschung bloss am Rande erwähnt und zu wenig gewürdigt. Die Katholisch-Konservativen entwickelten zwar nach 1815 einen Widerstand gegen die Bundesrevision und lehnten einen Bundesstaat ab, förderten aber einen Föderalismus eigener schweizerischer Prägung. Dazu kommen die Verdienste der Katholisch-Konservativen hinsichtlich der demokratischen Kultur in der Schweiz. Wie Vasella richtig betonte, sollte daher die Geschichte des Sonderbundes einer Neubewertung unterzogen werden. Dies wurde mit einem Artikel zum «Sonderbund» im *Historischen Lexikon der Schweiz* bereits versucht:

«Nach der Gründung des Bundesstaats herrschte lange Zeit eine Geschichtsschreibung vor, die den liberal-radikalen Siegern des Sonderbundskriegs alle staatspolitischen Errungenschaften, selbst den weiteren Ausbau der direktdemokratischen Instrumente, zusprach. Die einseitige historische Sicht muss ergänzt werden. Trotz der Niederlage des Sonderbunds flossen nämlich einige seiner Forderungen in die Ausgestaltung der neuen Bundesverfassung von 1848 ein. Die siegreiche Mehrheit nahm Rücksicht auf die Anliegen der Unterlegenen. Insbesondere dem Wunsch nach Souveränität der Kantone, der auch von gemässigten Liberalen geäussert wurde, trugen die Sieger Rechnung. Auch darf das Jesuitenverbot nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bundesstaat mit der Festsetzung der kantonalen Schul- und Kirchenhoheit sowie der Einführung des Ständerats und des Ständemehrs deutliche föderalistische Akzente setzte. So half der Sonderbund indirekt mit, eine zentralistische Lösung zu erschweren und weitere revolutionäre Umgestaltungen im Sinn der Radikalen zu unterbinden. In den nächsten Jahrzehnten standen dann Ausgleich und Einbindung der Verlierer und nicht mehr Siegerdiktat und Ausgrenzung im Vordergrund.»¹⁶

Altermatt ging über das Faktum, dass die Katholisch-Konservativen die demokrati-



ISBN 978-3-7965-3498-0

sche Kultur gefördert hatten, nicht hinweg. Er schrieb anerkennend, dass die politische Emanzipationsbewegung der Katholiken nach 1848 das kirchentreue Volk auf demokratischer Basis organisierte: «Im Gegensatz zu den politischen Programmen anderer katholischer Parteien Europas anerkannte der politische Katholizismus in der Schweiz die Demokratie von Anfang an als selbstverständliche Staatsform [...]»¹⁷ Darüber hinaus muss betont werden, dass Katholisch-Konservative – neben den Frühsozialisten – massgeblich an der Entwicklung der direkten Demokratie beteiligt waren (vgl. unter anderem das Beispiel Luzern¹⁸).

¹ Roca, René. «Einleitung», in: Ders. (Hg.), *Katholizismus und moderne Schweiz, Beiträge zur Erforschung der Demokratie*, Band 1, Basel 2016, S. 17–21

² Roca, René. *Wenn die Volkssouveränität wirklich eine Wahrheit werden soll ... Die schweizerische direkte Demokratie in Theorie und Praxis – Das Beispiel des Kantons Luzern*, Zürich 2012, S. 222f.

³ Bischof, Franz Xaver. «Art. Katholizismus», in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Band 7, Basel 2008, S. 132–135, hier S. 132

⁴ Ebd., S. 132f.

⁵ Roca, René. «Genossenschaftsprinzip und Naturrecht als Grundlage. Schweizerische und luzernische Demokratiegeschichte bis zur Helvetischen Revolution», in: *Historische Gesellschaft Luzern (Hg.): Jahrbuch 31*, Luzern 2013, S. 45–62, hier S. 54–56

⁶ Bischof, Franz Xaver. «Art. Katholische Kirche», in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Band 7, Basel 2008, S. 126–128, hier S. 127

⁷ Stadler, Peter. *Der Kulturkampf in der Schweiz. Eidgenossenschaft und katholische Kirche im europäischen Umkreis*, erweiterte und durchgesehene Neuauflage, Zürich 1996, S. 65–81

⁸ Bischof, *Katholizismus*, S. 133

⁹ Altermatt, Urs. «Katholiken und Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert», in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 41, Heft 4, Zürich 1991, S. 493–511, hier S. 493

¹⁰ Ebd., S. 494

¹¹ Jorio, Marco. «Oskar Vasella (1904–1966) – ein bedeutender Reformationshistoriker», in: *Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte*, 90. Jahrgang, Freiburg 1996, S. 83–99, hier S. 90

¹² Vasella, Oskar. «Zur historischen Würdigung des Sonderbundes», in: *Schweizer Rundschau* 47/48, Heft 4 und 5, Einsiedeln 1947, S. 259–282, hier S. 260

¹³ Altermatt, Urs. *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisationen im Schweizer Katholizismus 1848–1919*, 2. erweiterte Auflage, Zürich 1991

¹⁴ Altermatt, Urs. *Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 1989

¹⁵ Berner, Hans. «Art. Kirchgemeinde», in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Band 7, Basel 2008, S. 240f.

¹⁶ Roca, René. «Art. Sonderbund», in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Band 11, Basel 2012, S. 618–621, hier S. 621

¹⁷ Altermatt, Urs. «Art. Katholisch-Konservative», in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Band 7, Basel 2008, S. 132

¹⁸ Roca, *Volkssouveränität*, S. 95–208